



welt
hunger
hilfe



Umfrageergebnisse 2020

...AUF DEN PULS GEFÜHLT

Die Haltung der Deutschen zur Entwicklungspolitik

IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutsche Welthungerhilfe e. V.
Friedrich-Ebert-Straße 1
53173 Bonn
Tel. +49 (0)228 2288-0
Fax +49 (0)228 2288-333
info@welthungerhilfe.de
www.welthungerhilfe.de

Redaktion:

Dr. Ulrike Dufner

Grafik:

Anja Weingarten

Titelfoto:

© Stokpic

Status:

Bonn, März 2020

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-----------|
| EINLEITUNG | 4 |
| DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE ZUSAMMENGEFASST | 5 |
| BEDEUTUNG DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT | 6 |
| HUNGER – URSACHEN – BEKÄMPFUNG | 31 |
| FLUCHT – URSACHEN – WELTWEITE VERANTWORTUNG | 36 |

EINLEITUNG

Nur noch zehn Jahre verbleiben der internationalen Staatengemeinschaft, um ihre ehrgeizigen Nachhaltigkeitsziele aus dem Jahr 2015 zu erreichen und ihr Versprechen– „leave no one behind“, niemandem zurück zu lassen, einzulösen. Mit der Agenda 2030 haben die Vereinten Nationen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt und Wirtschaft - berücksichtigt; ein Ansatz, der die einzelnen Problemfelder in ihrer Vielfältigkeit und gegenseitigen Wechselwirkung begreift und entsprechende Maßnahmen beispielsweise zur Beseitigung von Hunger, Armut und Ungleichheit vorsieht. Die Agenda 2030 ist auch ein Arbeitsprogramm der Staaten, das die globale Verantwortung für 17 Nachhaltigkeitsziele beschreibt: zur erfolgreichen Umsetzung gehören nicht nur abgestimmte Politiken der verschiedenen Ressorts, sondern auch, dass der globale Norden seiner Verantwortung gerecht wird und faire Handelsstrukturen sowie die Einhaltung der Menschenrechte im internationalen Warenverkehr achtet.

Das Elend der Flüchtlinge in Griechenland, an der türkisch-griechischen und vor allem an der syrisch-türkischen Grenze zeigt ebenso, wie komplex die globalen Herausforderungen sind: Wie soll die deutsche Regierung mit autoritären Regimen oder Regierungen, die sich nicht länger an internationale Regeln halten, umgehen? Welche Schritte sind zu einer erfolgreichen Beilegung oder gar Prävention von Kriegen wie in Syrien erforderlich und wie setzt man sie durch? Welche Möglichkeiten und Verantwortung haben die internationale Staatengemeinschaft oder die Europäische Union, um Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen?

Angesichts dieser Herausforderungen hat die Welthungerhilfe nun zum zweiten Mal die deutsche Bevölkerung in einer repräsentativen Umfrage um ihre Meinung gebeten. Mit diesem Meinungsbild wollen wir aufzeigen, dass Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Klimawandel und Nachhaltigkeit Themen sind, mit denen sich die Deutschen beschäftigen, selbst wenn der öffentliche Diskurs zurzeit von der Corona Pandemie beherrscht wird. Was erwarten sie von der eigenen Regierung im Umgang mit Flüchtlingen? Wie wichtig ist ihnen die weltweite Bekämpfung des Hungers? Sollte die Regierung mehr oder weniger Geld dafür ausgeben?

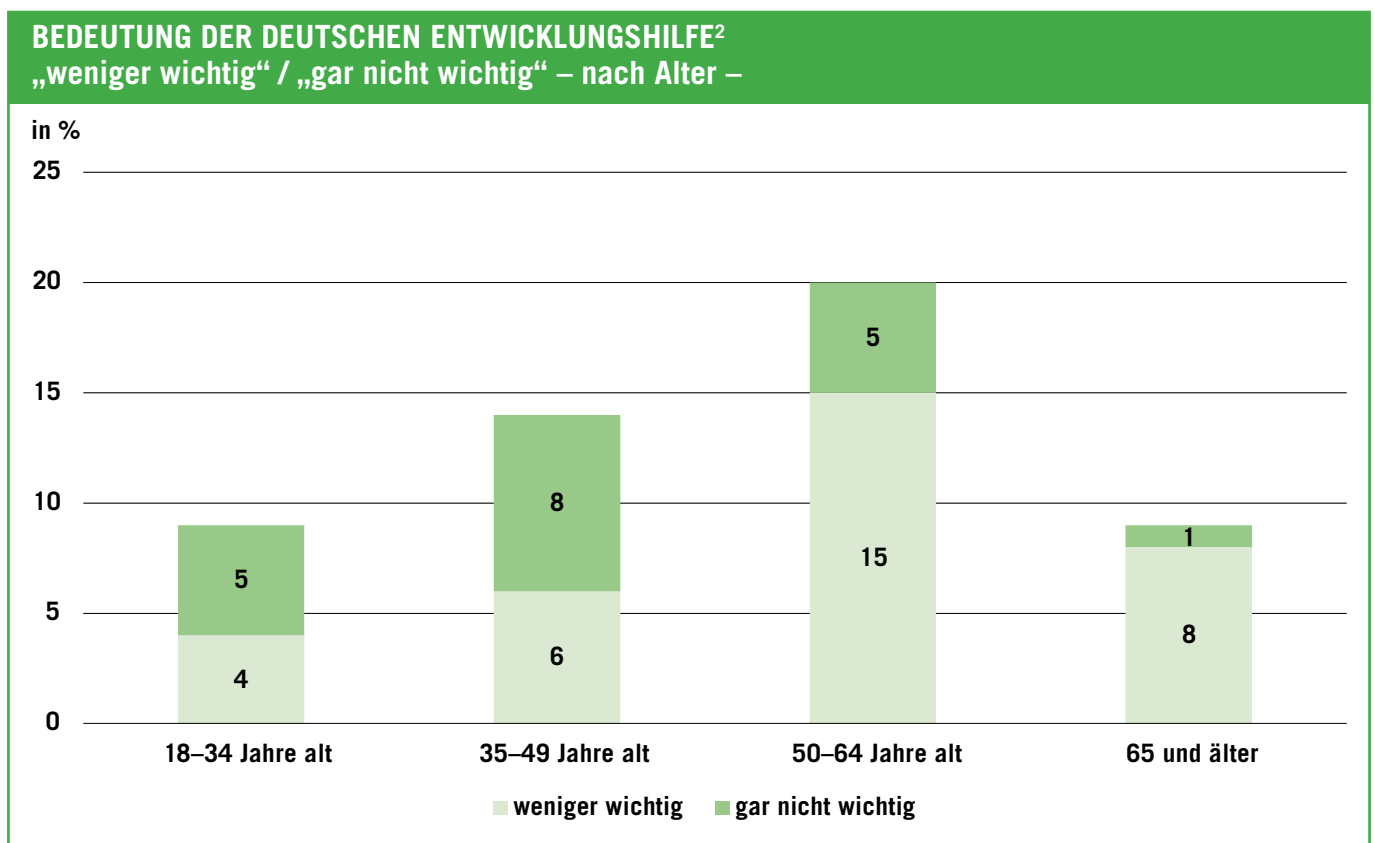
Das Umfrageinstitut Infratest-Dimap hat im Auftrag der Welthungerhilfe eine bundesweite Umfrage durchgeführt (die erste Umfrage fand im August/September 2018 statt). Vom 19. Februar bis zum 5. März 2020 wurden 1.002 Personen ab 18 Jahren per Telefon zu ihrer Haltung zur Entwicklungszusammenarbeit interviewt. Die Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt und sind nach Alter, Geschlecht, Einkommen und Bildung sowie nach Parteipräferenz ausgewiesen.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE ZUSAMMENGEFASST

- 78% der Deutschen sind der Meinung, dass sich Deutschland vorrangig in den Bereichen internationale Umwelt- und Klimapolitik (37%), humanitäre Not- und Katastrophenhilfe (22%) und Entwicklungshilfe (19%) engagieren sollte.
- Wenig erstaunlich ist, dass die Prioritätensetzung der Deutschen für Umwelt- und Klimapolitik um vier Prozentpunkte im Vergleich zu September 2018 angestiegen ist, während der Entwicklungszusammenarbeit mit 3% nur eine geringfügig niedrigere Priorität beigemessen wird. Während im Sommer 2018 noch 86% der Befragten Umwelt-/Klimapolitik (33%), Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe (32%) sowie EZ (21%) für vorrangig hielten, sank dieser Anteil auf 78%. Dies ist im Wesentlichen auf eine deutlich gesunkene Priorisierung für humanitäre Not- und Katastrophenhilfe zurückzuführen. Heute sehen nur noch 22% in der Humanitären Hilfe eine Priorität, also 10% weniger als vor 1,5 Jahren.
- Weiterhin ist der Rückhalt für Entwicklungszusammenarbeit in der deutschen Bevölkerung enorm hoch: 86% der Befragten halten die Finanzierung der EZ für „sehr wichtig“ (35%) oder „wichtig“ (51%). Die Unterstützung hierfür stieg um 2% im Vergleich zum September 2018 sogar leicht an. Dies zeigen auch folgende Zahlen: 39% der Befragten treten für eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit ein und 48% wollen eine Beibehaltung des bestehenden Niveaus. Am höchsten ist der Rückhalt dafür bei jungen Menschen (18-34 Jahre) und den über 65-Jährigen.
- Auffallend ist, dass „militärische Sicherheit und Verteidigung“ von nur 6% der Deutschen als vorrangig gewertet wurden. In diese Richtung geht auch die Antwort der Befragten, welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen erhöht werden sollten. Obwohl 76% der Deutschen Kriege und Konflikte als die Hauptursache von Flucht betrachten, wollen nur 14% eine Erhöhung für Militär, Polizei oder Auslandseinsätze. Zwar ist dies eine leichte Erhöhung um 3% im Vergleich zu 2018. Dennoch – die Erhöhung von Maßnahmen zur Hungerbekämpfung werden mit 64% hier deutlich präferiert.
- 86% der Deutschen sind der Meinung, dass Deutschland eine sehr hohe (29%) bzw. hohe Verantwortung (57%) bei der Bekämpfung des globalen Hungers hat. Ein überwältigend großer Anteil der Deutschen (90%) ist der Ansicht, dass Deutschland seine Ausgaben für Hungerbekämpfung deutlich erhöhen (21%), etwas erhöhen (32%) oder beibehalten (37%) sollte.
- 62% der Befragten sind der Ansicht, die Europäische Union habe die Pflicht, Flüchtlinge, die über das Mittelmeer in die EU zu gelangen versuchen, aufzunehmen. Deutlich weichen die Anhänger von FDP und AFD in Bezug auf die Verpflichtung der Europäischen Union, die Flüchtlinge aufzunehmen, von dem bundesdeutschen Durchschnitt ab: Nur 48% der FDP-Anhänger und nur 2% der AFD-Anhänger sehen die EU in der Pflicht. Eine besonders hohe, über dem nationalen Durchschnitt liegende Verantwortung sehen die Grünen-Anhänger mit 85%, gefolgt von den Linken (75%) und der SPD (73%). Die CDU/CSU-Anhängerschaft liegt mit 57% im Vergleich zu denjenigen, die eine Pflicht der EU zur Aufnahme der Flüchtlinge sehen, unter dem Bundesdurchschnitt. Dennoch ist auch die Mehrheit der CDU/CSU-Anhänger der Ansicht, die EU sollte die Flüchtlinge aufnehmen.
- Weiterhin haben 94% der Deutschen von den globalen Nachhaltigkeitszielen der UN entweder nur dem Namen nach gehört (49%) oder diese sind ihnen gänzlich unbekannt (45%).

BEDEUTUNG DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

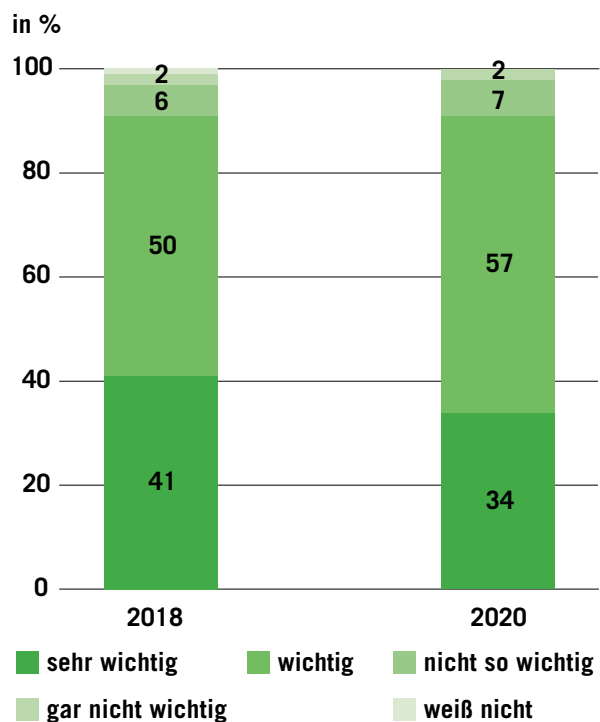
- Weiterhin ist der Rückhalt für EZ in der deutschen Bevölkerung enorm hoch: 86% der Befragten halten es für „sehr wichtig“ (35%) oder „wichtig“ (51%), dass Deutschland Entwicklungshilfe leistet. Die Unterstützung hierfür stieg sogar um 2% im Vergleich zum September 2018 an.
- Positiv zu vermerken ist, dass es keinen nennenswerten Unterschied unter den Einkommensgruppen gibt: die Unterstützung der Entwicklungshilfe in der Einkommensgruppe unter 1.500 Euro Monatseinkommen (netto per Haushalt) liegt bei 84% und steigt nur unwesentlich auf 87% bei der höchsten Einkommensgruppen über 3.000 Euro.
- Auffallend ist allerdings die Verteilung nach Altersgruppen. Werfen wir einen Blick auf diejenigen, die EZ als weniger wichtig oder gar nicht wichtig bezeichnen, so liegt hier in der Gruppe der 50-64-Jährigen der Anteil mit 20% am höchsten.



Auffallend ist auch die Verschiebung der Bewertung von EZ im Vergleich zu 2018 mit Blick auf die Parteianhängerschaft:

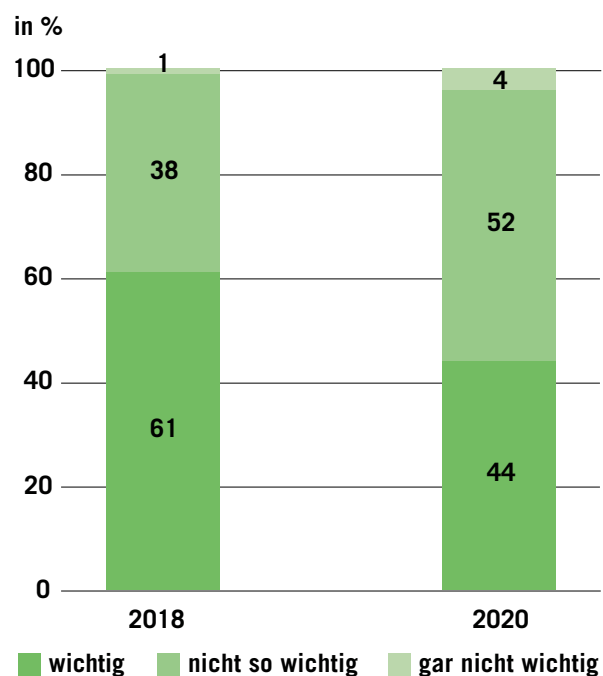
² Frage 3: Wie wichtig ist es Ihnen, dass Deutschland Entwicklungshilfe leistet, also Entwicklungsländer durch wirtschaftliche, technische und soziale Projekte sowie finanzielle Mittel unterstützt? Ist Ihnen das...?

Bedeutung der deutschen Entwicklungshilfe – CDU/CSU-Anhänger 2018 und 2020 –



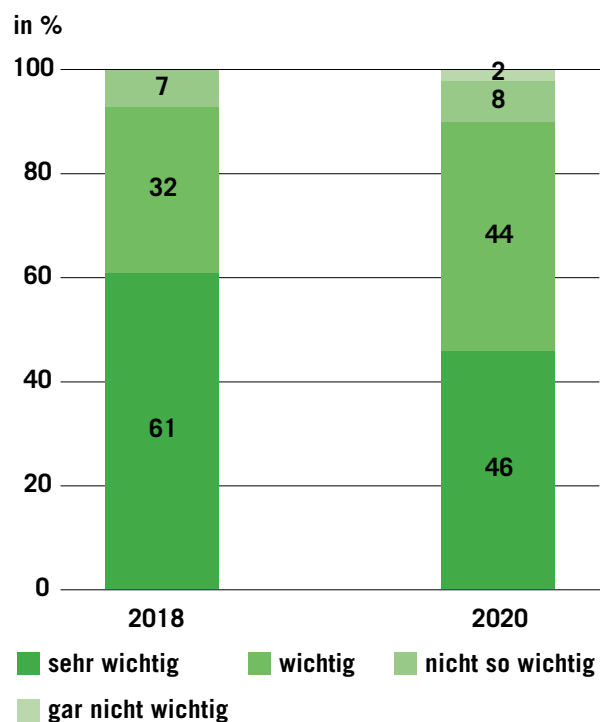
Von der Anhängerschaft der CDU/CSU halten insgesamt 91% finanzielle Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit für sehr wichtig (34%) bzw. wichtig (57%). Allerdings verschob sich innerhalb dieser Gruppe die Gewichtung hin zu „wichtig“.

Bedeutung der deutschen Entwicklungshilfe – Bündnis 90/Die Grünen 2018 und 2020 –

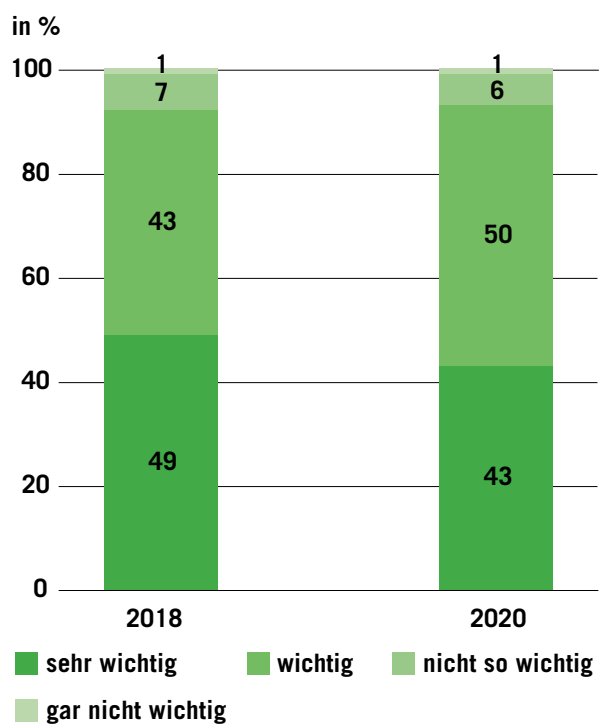


Bei den Anhängern der Grünen und der Linken sank insgesamt der Anteil derjenigen, die der Entwicklungsfinanzierung eine sehr wichtige bzw. wichtige Bedeutung beimessen, um jeweils 3%.

Bedeutung der deutschen Entwicklungshilfe – Die Linke 2018 und 2020 –

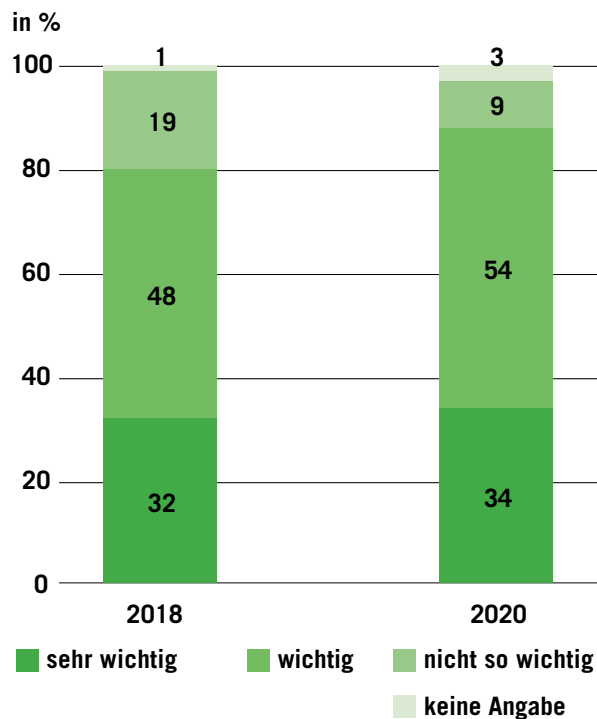


Bedeutung der deutschen Entwicklungshilfe – SPD Anhänger 2018 und 2020 –



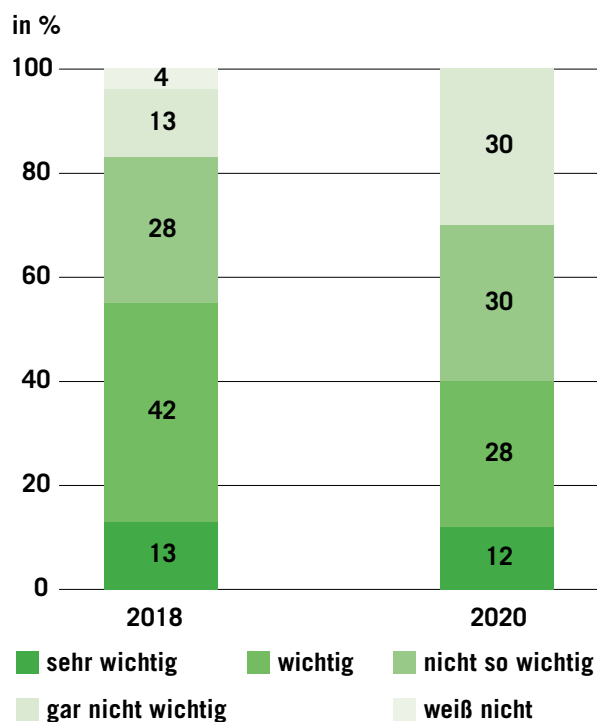
Ähnlich wie bei der CDU/CSU-Anhängerschaft verhält es sich bei den SPD-Anhängern: Auch hier verblieb die Zustimmung für Entwicklungsfinanzierung auf annähernd gleichem Niveau, jedoch mit einer stärkeren Bewertung, dass Entwicklungsfinanzierung wichtig sei.

Bedeutung der deutschen Entwicklungshilfe – FDP 2018 und 2020 –



Wesentlich stärker sind jedoch die Veränderungen bei der FDP-Anhängerschaft: Hier sind heute 8% mehr der Ansicht, dass deutsche Entwicklungshilfe sehr wichtig (34%) bzw. wichtig (54%) ist.

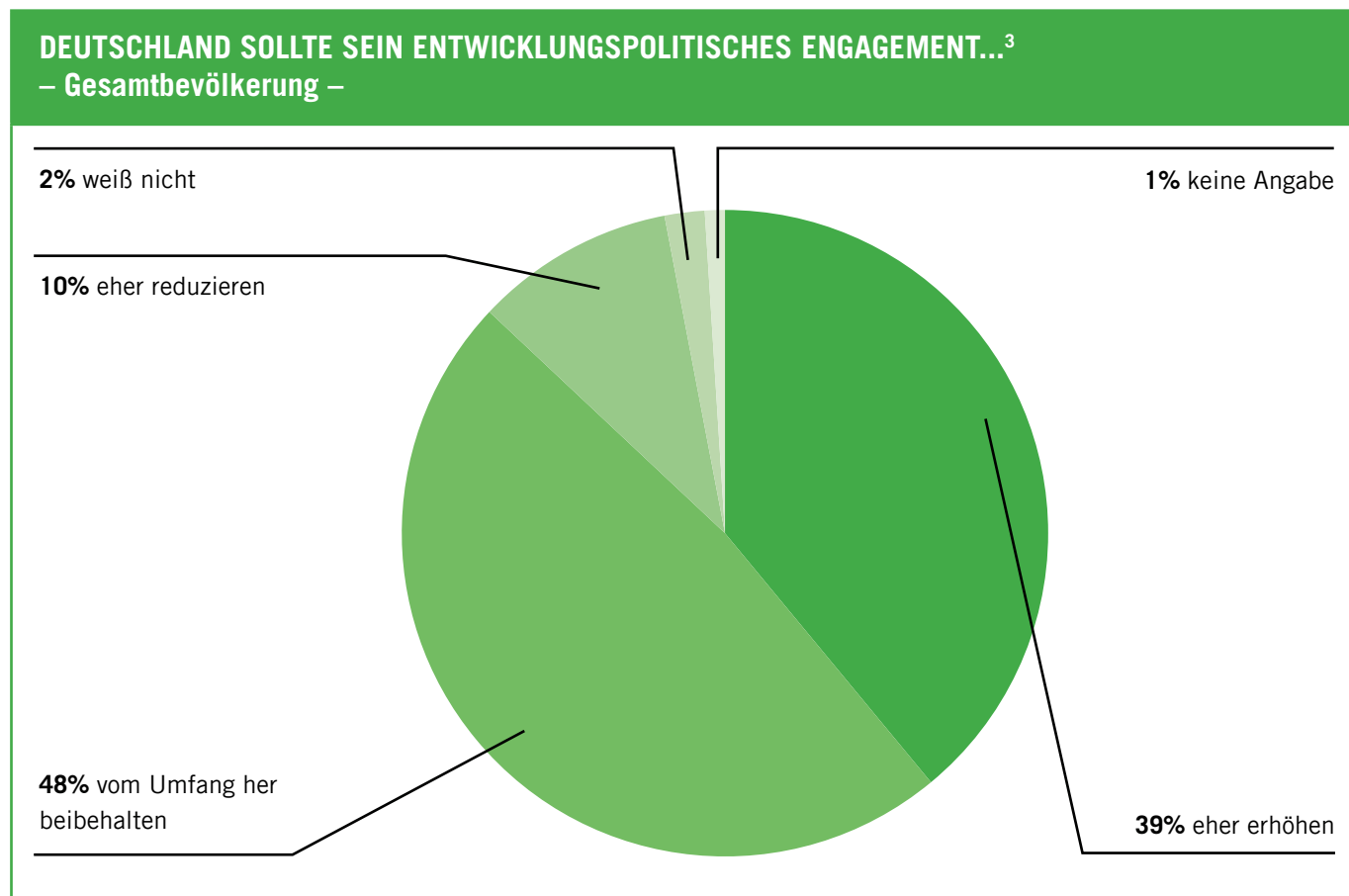
Bedeutung der deutschen Entwicklungshilfe – AFD 2018 und 2020 –



Ein umgekehrter Trend ist bei AFD-Anhängern zu beobachten: 2018 hielten noch 55% Entwicklungshilfe für sehr wichtig (13%) oder wichtig (42%); dieser Anteil sank auf gerade einmal 40% (12% sehr wichtig; 28% wichtig). 30% der AFD-Anhänger hielten Entwicklungshilfe überhaupt nicht für wichtig.

Deutschland sollte sein entwicklungspolitisches Engagement...

Deutlicher wird der Rückhalt der Deutschen bei der Beantwortung der Frage, ob Deutschland sein entwicklungspolitisches Engagement erhöhen, beibehalten oder reduzieren soll:



2018 und auch 2020 waren 39% der Befragten der Ansicht, das Engagement sollte erhöht werden; 40% wollten das bestehende Niveau beibehalten (2020: 48%). 13% (2020: 10%) plädierten für eine Reduktion.

³ Frage 4: Meinen Sie, Deutschland sollte sein entwicklungspolitisches Engagement ...?

DEUTSCHLAND SOLLTE SEIN ENTWICKLUNGSPOLITISCHES ENGAGEMENT...⁴

– Nach Parteipräferenz –



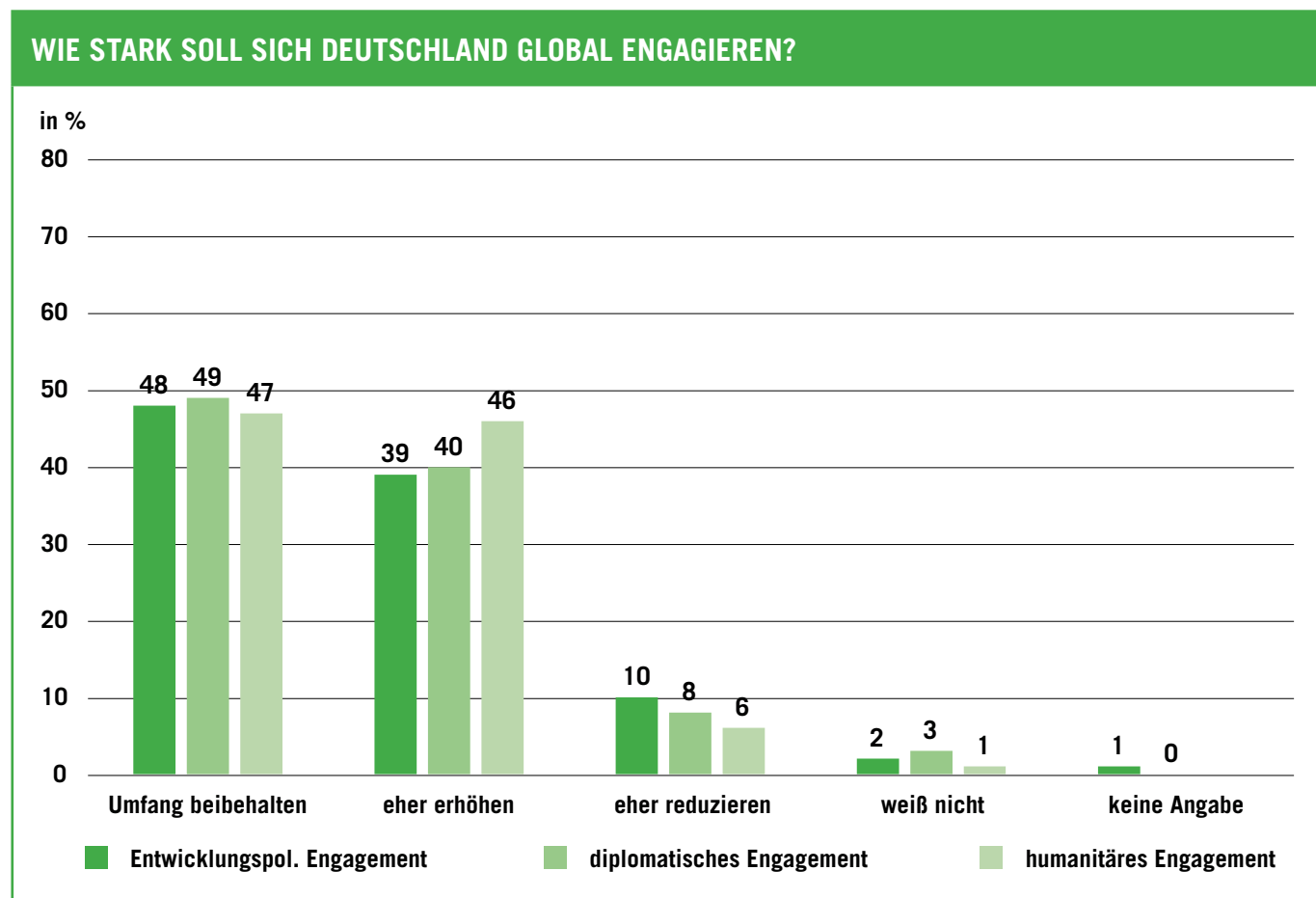
Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen (55%) und der Partei Die Linke (49%) favorisieren deutlich eine Erhöhung des entwicklungspolitischen Engagements, während die CDU/CSU-Anhängerschaft zu über 60% für ein Beibehalten des bisherigen Niveaus plädiert. Dieser Auffassung sind auch die Anhänger von SPD und FDP mit jeweils 50%. Gestiegen ist die Akzeptanz der FDP-Anhängerschaft für EZ: Forderten 2018 noch 16% eine Reduktion der Finanzierung, waren es 2020 nur noch 10%.

Umgekehrt ist das Bild der AfD: ihre Anhängerschaft plädiert zu 45% für eine Reduktion des entwicklungspolitischen Engagements – im Jahr 2018 waren dies 36%.

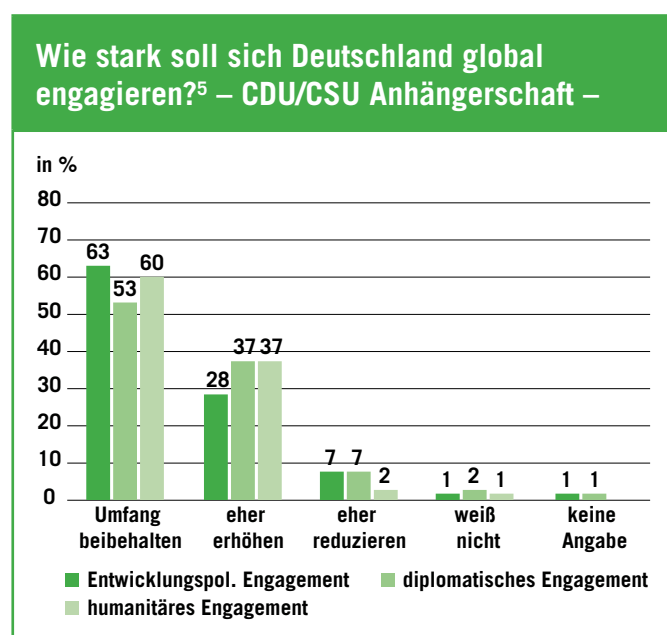
⁴ Frage 4: Meinen Sie, Deutschland sollte sein entwicklungspolitisches Engagement ...? Frage 5: Meinen Sie, Deutschland sollte sein diplomatisches Engagement ...? Frage 6: Und wenn Sie nun an humanitäre Notlagen, etwa in Folge von Naturkatastrophen oder Kriegen denken: Meinen Sie, Deutschland sollte sein humanitäres Engagement ...?

Zukünftiges Engagement Deutschlands

Aufschlussreiche Ergebnisse liefern die Antworten zu den Fragen, inwieweit sich das Engagement Deutschlands in der Entwicklungspolitik, Diplomatie sowie Humanitären Hilfe weiter entwickeln soll.



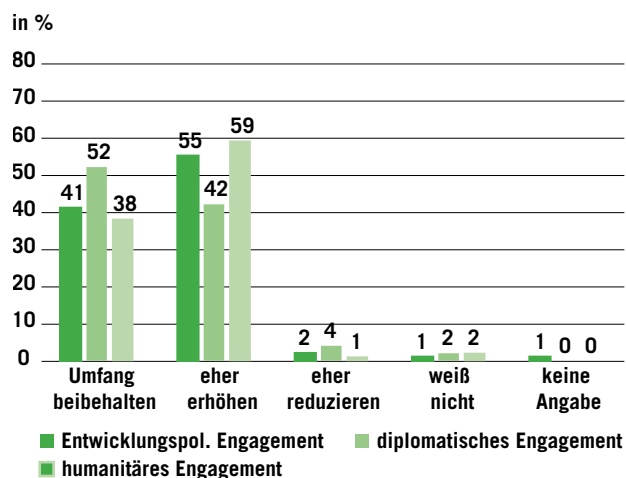
Anhand des Diagramms ist deutlich ersichtlich, dass die bundesdeutsche Bevölkerung sehr für ein internationales Engagement Deutschlands sowohl in der Entwicklungspolitik, der Humanitären Hilfe als auch auf diplomatischem Gebiet eintritt. Nur ein geringer Anteil möchte das Engagement reduzieren, im Bereich EZ sind dies aber immerhin 10%.



Die CDU/CSU-Anhängerschaft wünscht sich mehrheitlich ein Festhalten auf bisherigem Niveau in allen drei Bereichen; 37% treten für eine Erhöhung der Humanitären Hilfe und des diplomatischen Engagements und 28% für eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit ein.

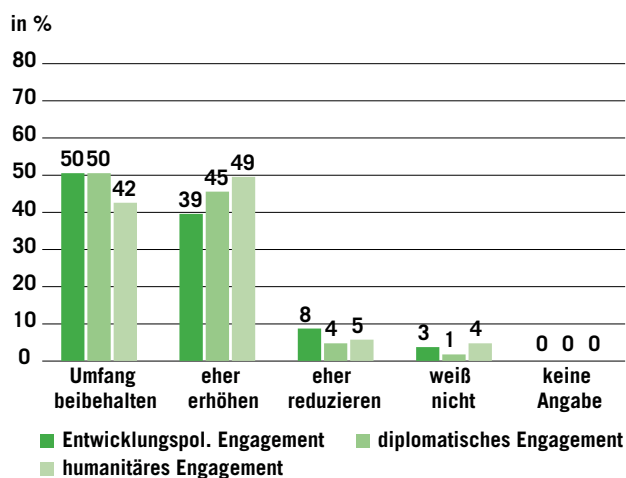
⁵ Frage 4: Meinen Sie, Deutschland sollte sein entwicklungspolitisches Engagement ...? Frage 5: Meinen Sie, Deutschland sollte sein diplomatisches Engagement ...? Frage 6: Und wenn Sie nun an humanitäre Notlagen, etwa in Folge von Naturkatastrophen oder Kriegen denken: Meinen Sie, Deutschland sollte sein humanitäres Engagement ...?

Wie stark soll sich Deutschland global engagieren? – Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen –



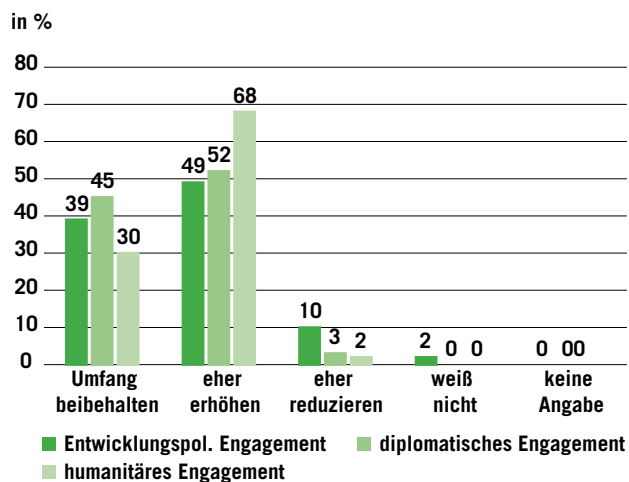
Deutlich zeigt sich, dass die Mehrheit der Anhänger von Bündnis 90/die Grünen für ein verstärktes Engagement in den Bereichen Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe eintritt. Im Bereich diplomatisches Engagement votiert die Mehrheit eher für ein Beibehalten des gegenwärtigen Niveaus.

Wie stark soll sich Deutschland global engagieren? – Anhängerschaft der SPD –



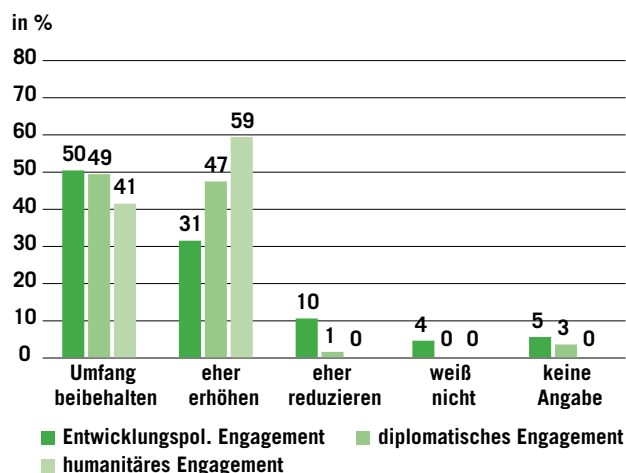
Bei der SPD-Anhängerschaft zeichnet sich ein klares Bild für ein Beibehalten oder Erhöhen des Engagements ab.

Wie stark soll sich Deutschland global engagieren?⁶ – Anhängerschaft von der Linken –



Herausragend ist, dass die Anhänger von der Linken sich mit 68% stark für eine Erhöhung der Humanitären Hilfe einsetzen; bezüglich einer Reduktion der Entwicklungshilfe stimmen diese mit dem bundesdeutschen Durchschnitt von 10% für eine Reduktion.

Wie stark soll sich Deutschland global engagieren? – Anhängerschaft der FDP –

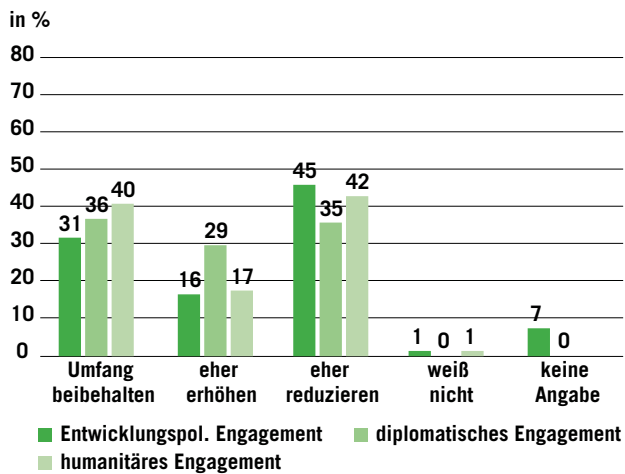


Auch die FDP-Anhängerschaft spricht sich klar für ein Beibehalten bzw. eine Erhöhung des Engagements aus. Ebenso markant ist das deutliche Votum für eine Erhöhung der Humanitären Hilfe (59%).

⁶ Frage 4: Meinen Sie, Deutschland sollte sein entwicklungspolitisches Engagement ...? Frage 5: Meinen Sie, Deutschland sollte sein diplomatisches Engagement ...? Frage 6: Und wenn Sie nun an humanitäre Notlagen, etwa in Folge von Naturkatastrophen oder Kriegen denken: Meinen Sie, Deutschland sollte sein humanitäres Engagement ...?

Wie stark soll sich Deutschland global engagieren?

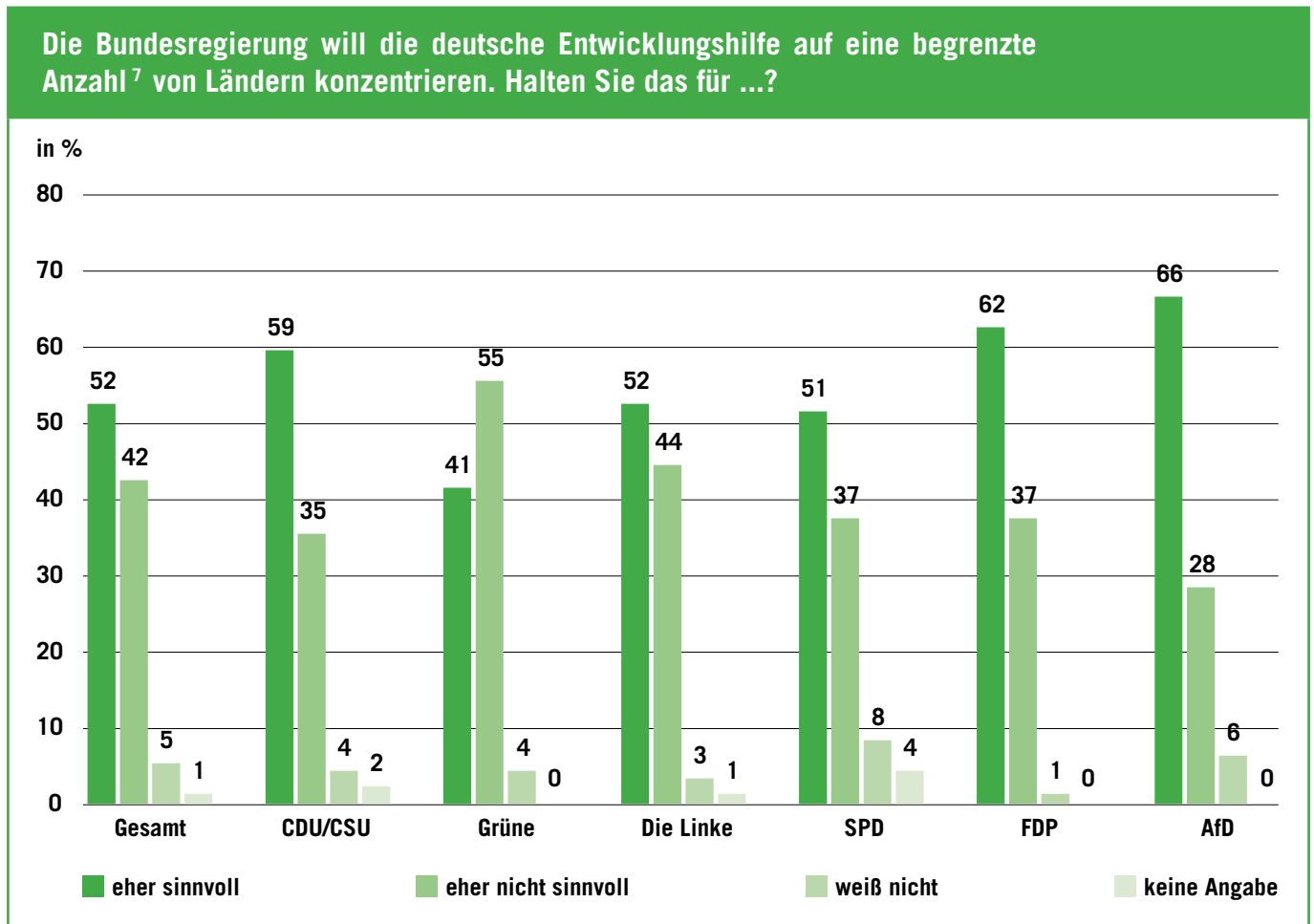
– Anhängerschaft der AfD –



Anders hingegen sieht das Bild bei der AfD aus: Auch wenn die Mehrheit der Anhänger für ein Beibehalten oder eine Erhöhung des Engagements in allen drei Bereichen eintritt, so fällt der signifikant höhere Anteil derjenigen auf, die in allen drei Bereichen eine Reduktion des Engagements präferieren: 45% stimmten im entwicklungspolitischen Bereich, 42% in der Humanitären Hilfe und 35% in Bereich Diplomatie für ein reduzierteres Engagement.

Entwicklungspolitische Perspektiven

Seit geraumer Zeit kündigt die Bundesregierung an, ihr entwicklungspolitisches Engagement auf eine geringere Anzahl von Ländern zu konzentrieren. Wir haben daher einige Fragen formuliert, um die Haltung der deutschen Bevölkerung zu entwicklungspolitischen Zielvorstellungen feststellen zu können.

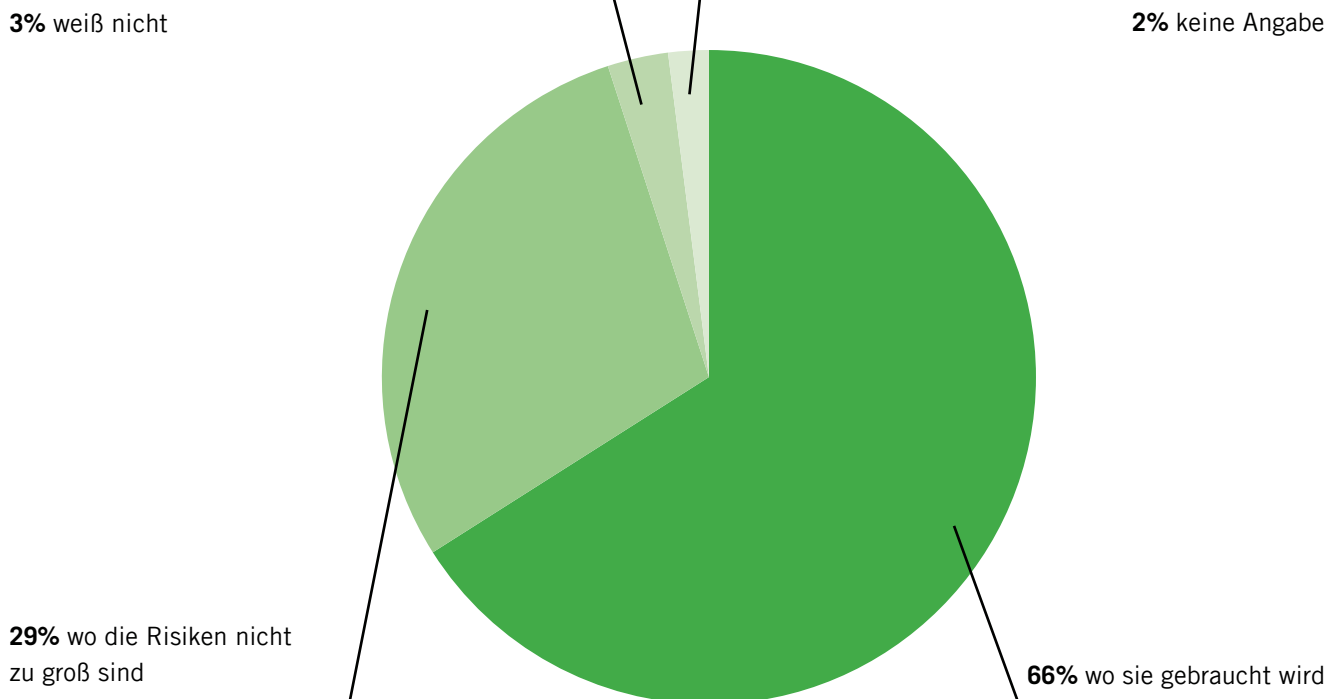


Bis auf die Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen sind die Anhänger aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien eher der Ansicht, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit auf eine begrenzte Anzahl an Ländern konzentrieren sollte. Die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen stimmen mit 55% gegen eine Begrenzung.

Relevant erschien uns auch, wie die Bevölkerung die Problematik einer Entwicklungszusammenarbeit mit schwierigen Regimen einschätzt. Sollte die Notlage vorrangiges Kriterium auch dann sein, wenn problematische Umstände vor Ort herrschen wie politische Krisen. Oder sollte im Fall von Risiken eher davon abgesehen werden.

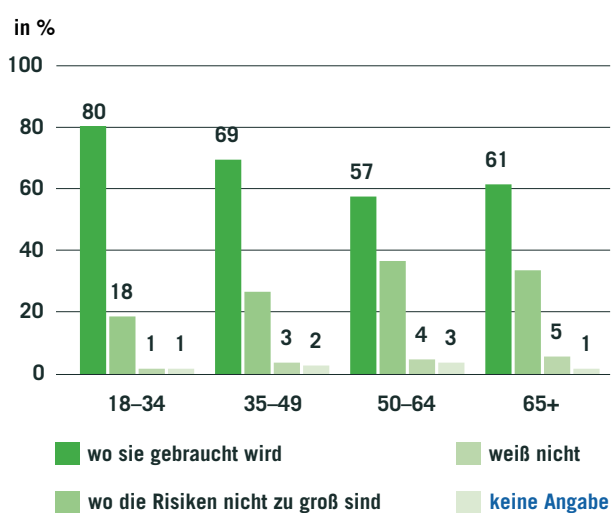
⁷ Frage 7: Die Bundesregierung will die deutsche Entwicklungshilfe auf eine begrenzte Anzahl von Ländern konzentrieren. Halten Sie das für ...?
 Frage 8: Die Entwicklungszusammenarbeit ist je nach Region und Ländern unterschiedlich schwierig. Wie sehen Sie das: Sollte Deutschland Entwicklungszusammenarbeit vor allem dort leisten, wo sie am dringendsten gebraucht wird, auch wenn die Umstände vor Ort z.B. aufgrund von militärischen oder politischen Krisen schwierig sind? Oder sollte Deutschland vor allem dort helfen, wo die Risiken vor Ort nicht zu groß sind?
 Frage 9: Welche Kriterien sollten bei der Auswahl der Länder, mit denen Deutschland eine Entwicklungspartnerschaft eingeht, eine Rolle spielen? Sagen Sie mir für jeden der folgenden Aspekte, ob dieser eine sehr große, eher große, eher kleine oder gar keine Rolle spielen sollte.

WO SOLLTE ENTWICKLUNGSHILFE GELEISTET WERDEN?



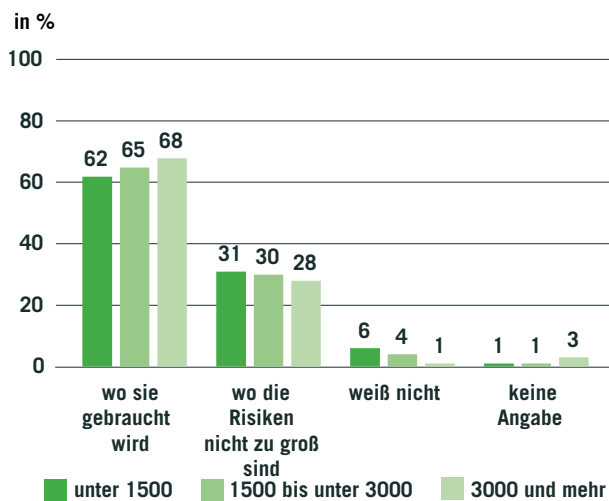
Die Umfrage ergab deutlich, dass politische o.a. Krisen kein Hinderungsgrund für Entwicklungshilfe sein sollen. Entwicklungshilfe soll dort geleistet werden, wo sie benötigt wird.

Wo sollte Entwicklungshilfe geleistet werden? – nach Alter –



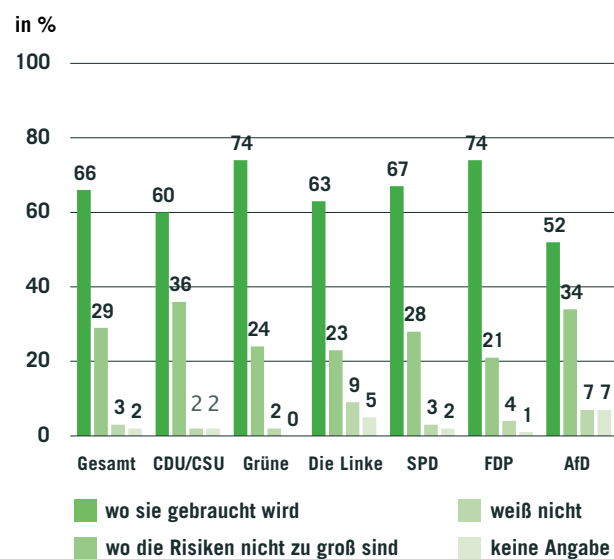
Ein Blick auf die Altersstruktur der Befragten zeigt, dass mit zunehmendem Alter der Anteil derjenigen steigt, die Risiken wie politischen Krisen eine steigende Bedeutung beimessen und dies als ein Kriterium für das entwicklungspolitische Engagement betrachten.

Wo sollte Entwicklungshilfe geleistet werden? – nach Einkommen –



Bemerkenswert ist, dass in allen Einkommensgruppen bei über 60% der Befragten dem tatsächlichen Bedarf Vorrang vor politischen Risiken eingeräumt wird.

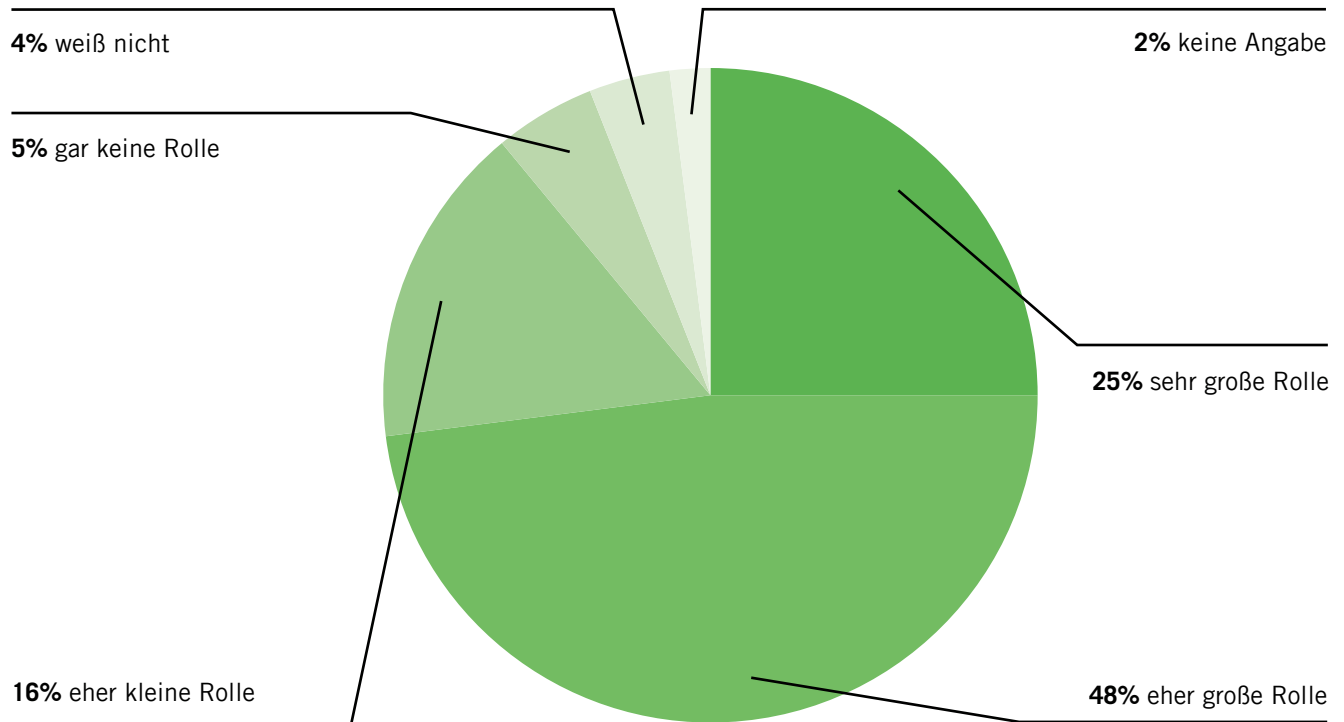
Wo sollte Entwicklungshilfe geleistet werden? – nach Parteipräferenz –



Interessant ist, dass die Anhänger der Grünen und FDP mit je 74% deutlich über dem nationalen Durchschnitt dem Bedarf Vorrang vor möglichen Risiken einräumen. Auch die SPD liegt hier knapp über dem Landesdurchschnitt, wohingegen Die Linke (63%) und CDU/CSU-Anhänger (60%) unter dem nationalen Durchschnitt liegen; das Schlusslicht bildet hier die AfD mit 52%.

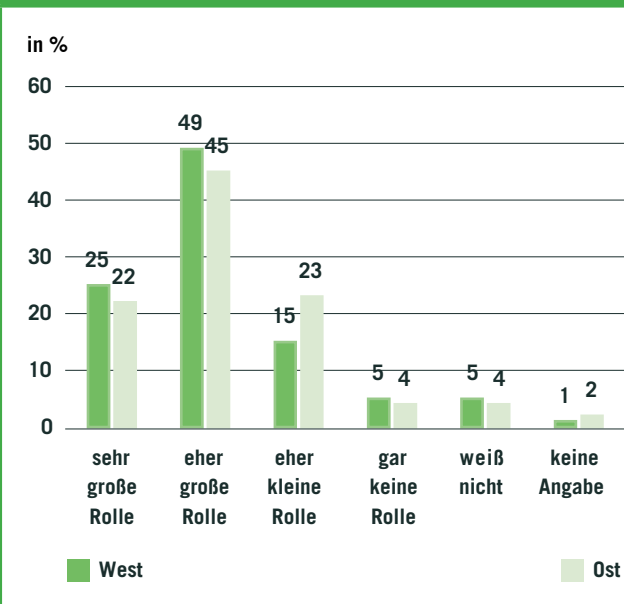
Um die Ergebnisse noch einmal zu überprüfen, haben wir gefragt, welche Kriterien bei der Auswahl der Länder, mit denen Deutschland eine Entwicklungspartnerschaft eingeht, eine Rolle spielen sollen: der entwicklungspolitische Bedarf bzw. die Reformorientierung der Länder.

DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BEDARF SOLLTE EINE ROLLE SPIELEN



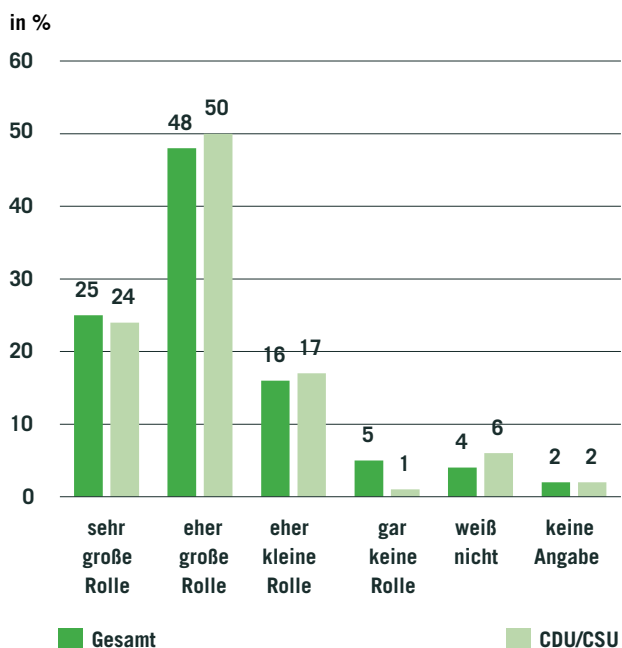
Der entwicklungspolitische Bedarf sollte nach Ansicht der Befragten zu 25% eine große und zu 48% eine eher große Rolle spielen. Immerhin sind aber 21% der Deutschen der Ansicht, dass dies eher eine kleine (16%) bzw. gar keine Rolle (5%) spielen sollte.

Der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine Rolle spielen - nach Ost- und West-Deutschland -



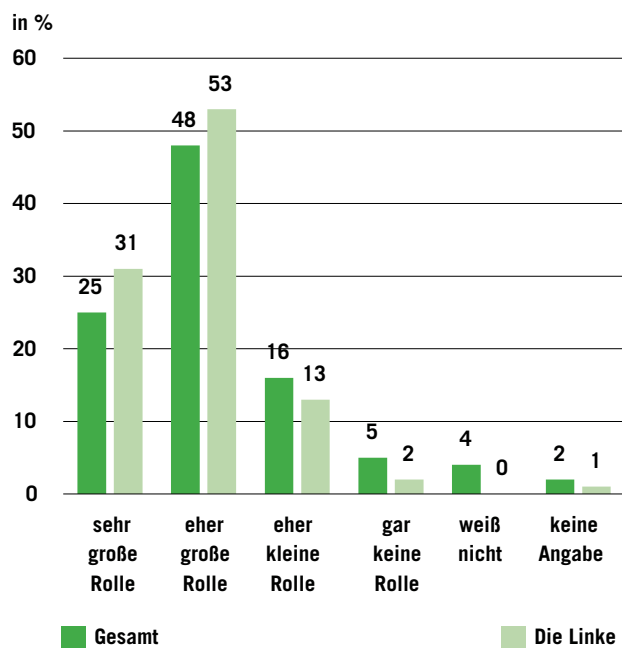
Bei dieser Frage zeigt sich doch eine unterschiedliche Einschätzung zwischen Ost- und West-Deutschland: 23% der Ost-Deutschen im Vergleich zu 15% der West-Deutschen meint, der entwicklungspolitische Bedarf sollte eher eine kleine Rolle spielen. 74% der West-Deutschen denken, der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine sehr große oder eher große Rolle einnehmen; diese Haltung teilen 67% der Ost-Deutschen.

Der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine Rolle spielen – nach Parteipräferenz CDU/CSU –



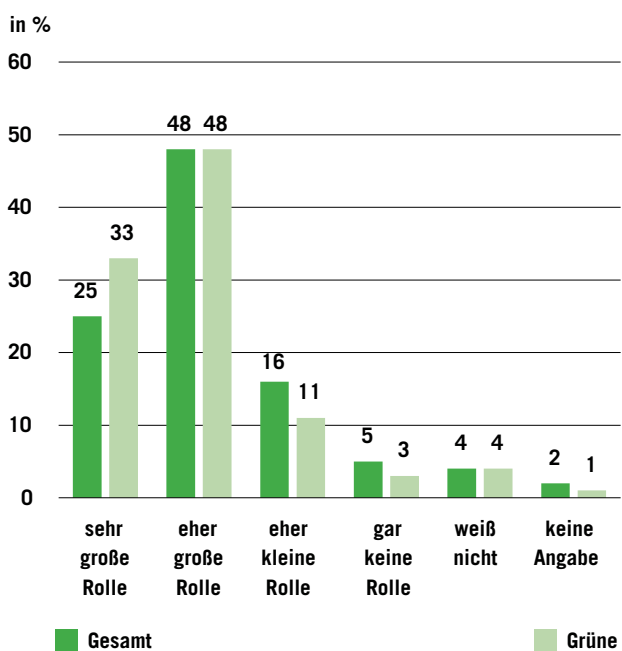
Deutlich ist, dass unter der Anhängerschaft der CDU/CSU der entwicklungspolitische Bedarf ein wichtiges Kriterium (74%) für die Entwicklungszusammenarbeit darstellt.

Der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine Rolle spielen – nach Parteipräferenz Die Linke –



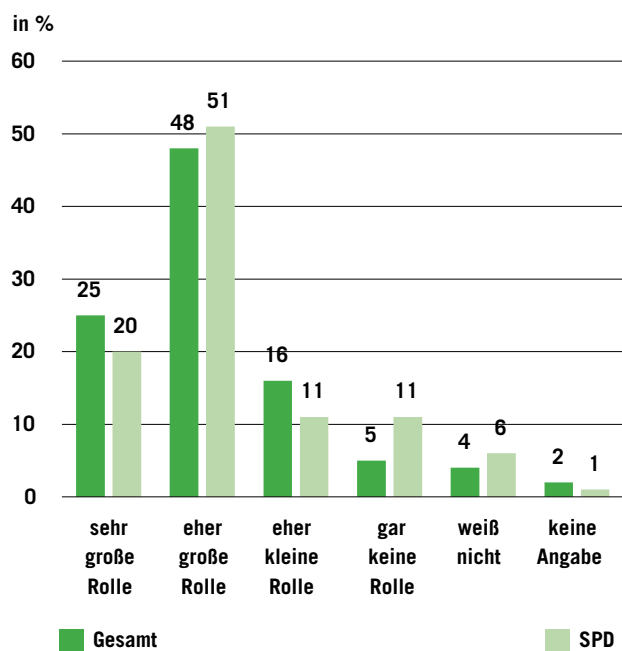
Auch die Anhänger der Linken räumen dem entwicklungspolitischen Bedarf mit 84% einen hohen Stellenwert ein.

Der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine Rolle spielen – nach Parteipräferenz B. 90 / Die Grünen –



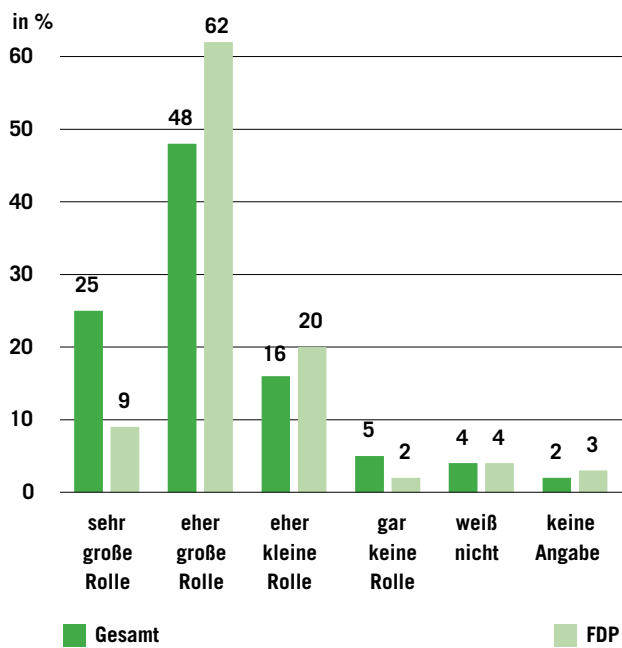
Bündnis 90/die Grünen-Anhänger messen dem entwicklungspolitischen Bedarf mit 81% eine deutlich größere Bedeutung bei als die CDU/CSU-Anhängerschaft.

Der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine Rolle spielen – nach Parteipräferenz SPD –



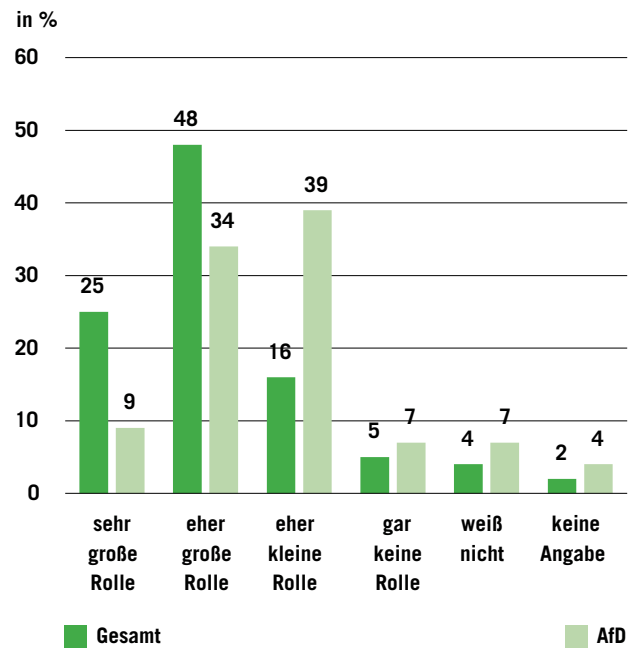
Mit 71% liegen die Anhänger der SPD hinsichtlich der Bedeutung des entwicklungspolitischen Bedarfs noch hinter der CDU/CSU.

Der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine Rolle spielen – nach Parteipräferenz FDP –



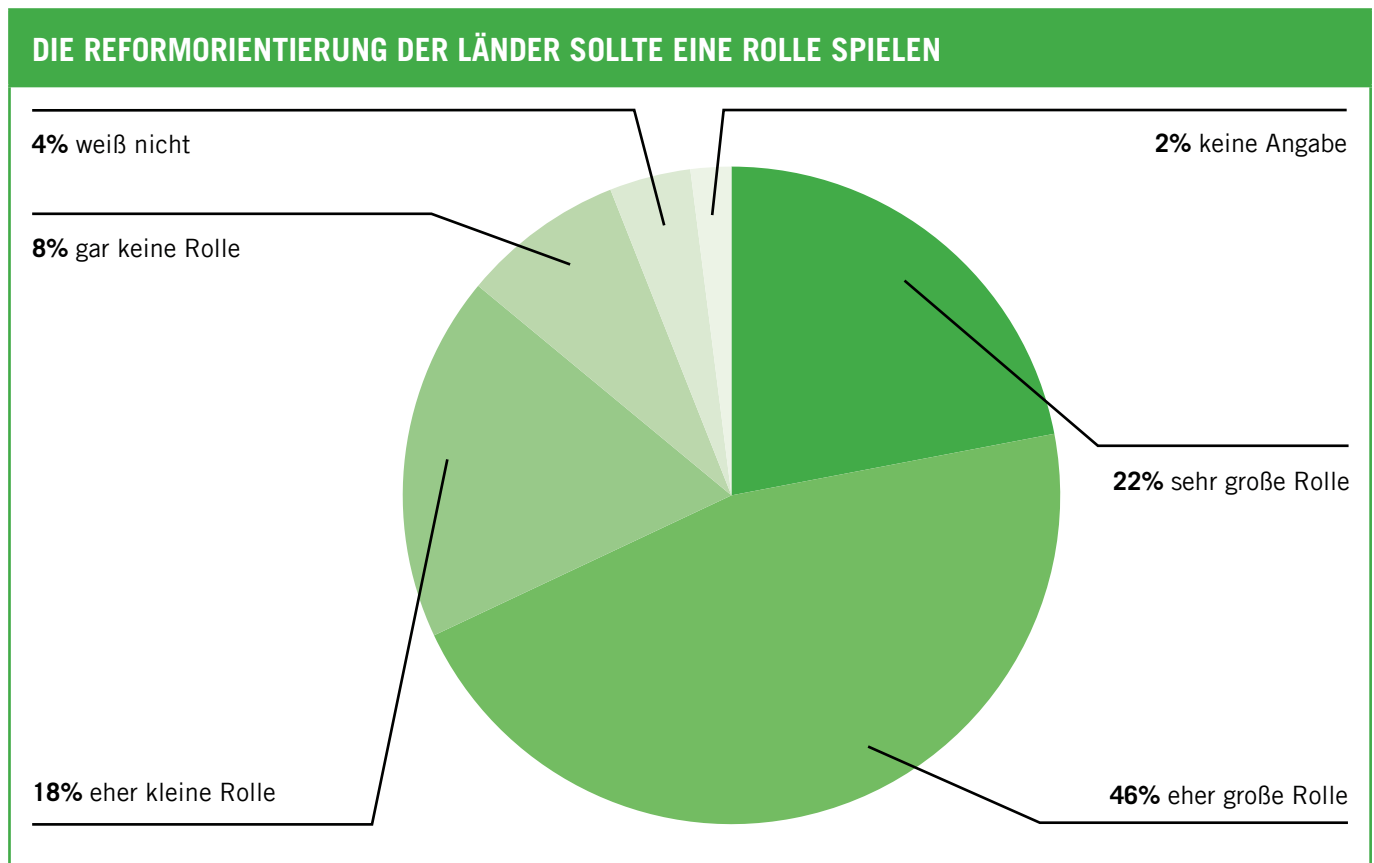
Der Anteil der FDP-Anhänger, welcher dem entwicklungspolitischen Bedarf eine sehr große bzw. große Rolle beimisst, liegt gleichauf mit der SPD-Anhängerschaft bei 71%.

Der entwicklungspolitische Bedarf sollte eine Rolle spielen – nach Parteipräferenz AfD –

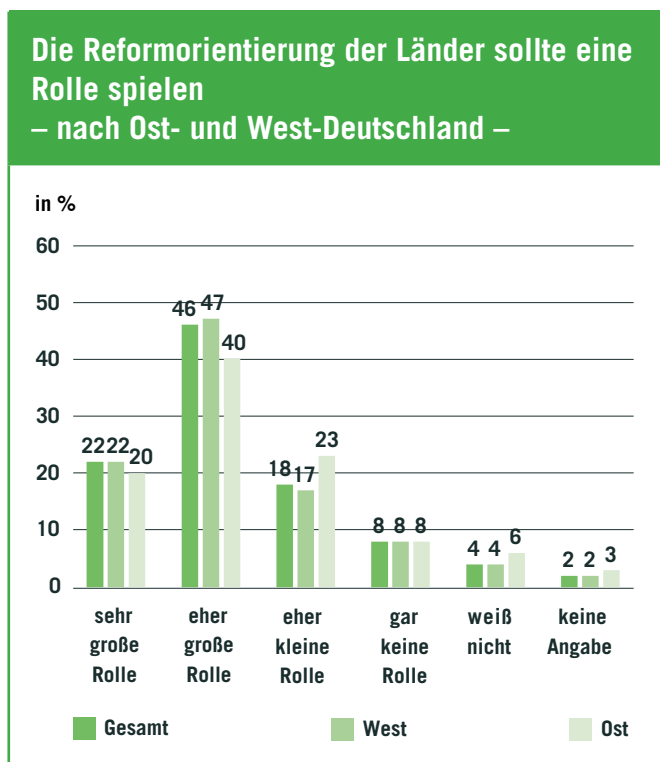


Nur 43% der AfD-Anhänger halten den entwicklungspolitische Bedarf für bedeutend.

Gerade der Reformorientierung der Länder der Entwicklungszusammenarbeit will die Bundesregierung zukünftig eine wachsende Bedeutung beimessen. Insofern war es von Interesse, ob die Deutschen diese Entscheidung mittragen.

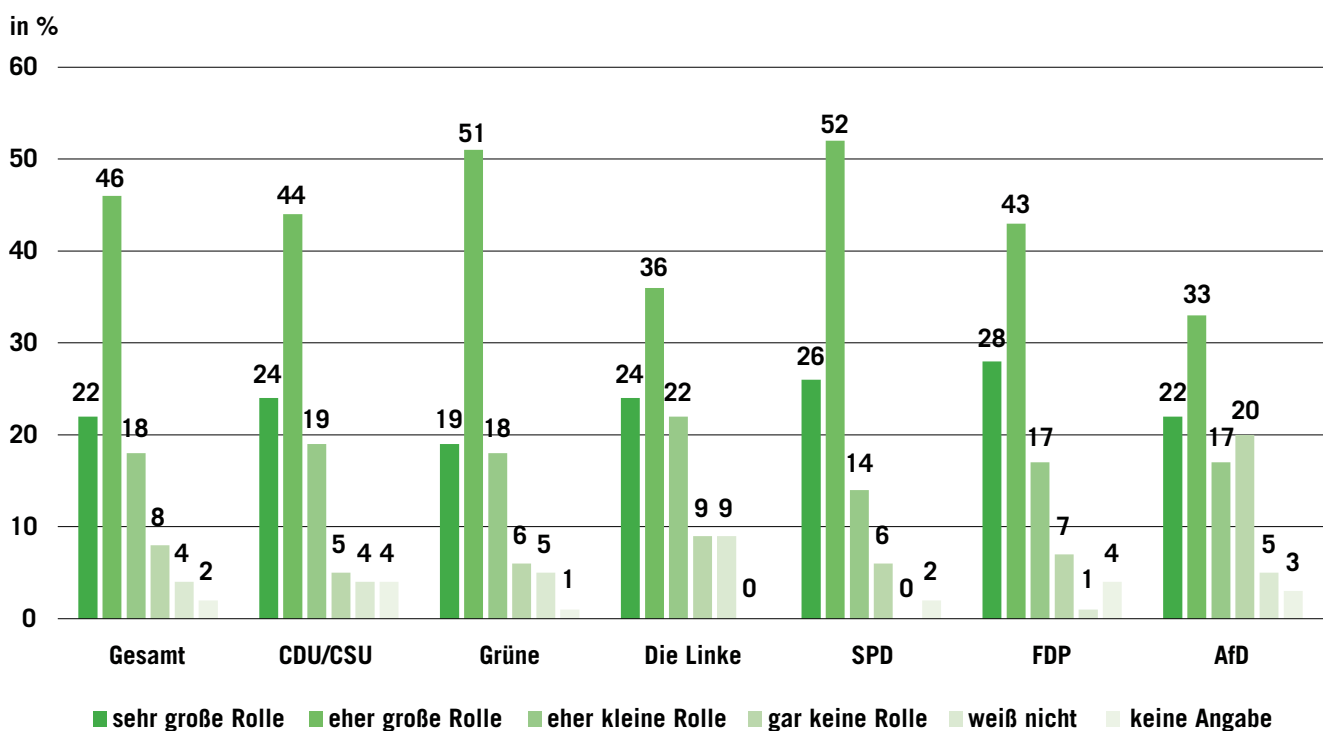


Tatsächlich wird auch der Reformorientierung der Länder als ein Kriterium für die Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle beigemessen. 68% der Deutschen der Ansicht, dass die Reformorientierung eine sehr große Rolle (22%) bzw. eher große Rolle (46%) spielen sollte.



Die Haltung der Menschen in Ost- und West-Deutschland unterscheidet sich nur geringfügig.

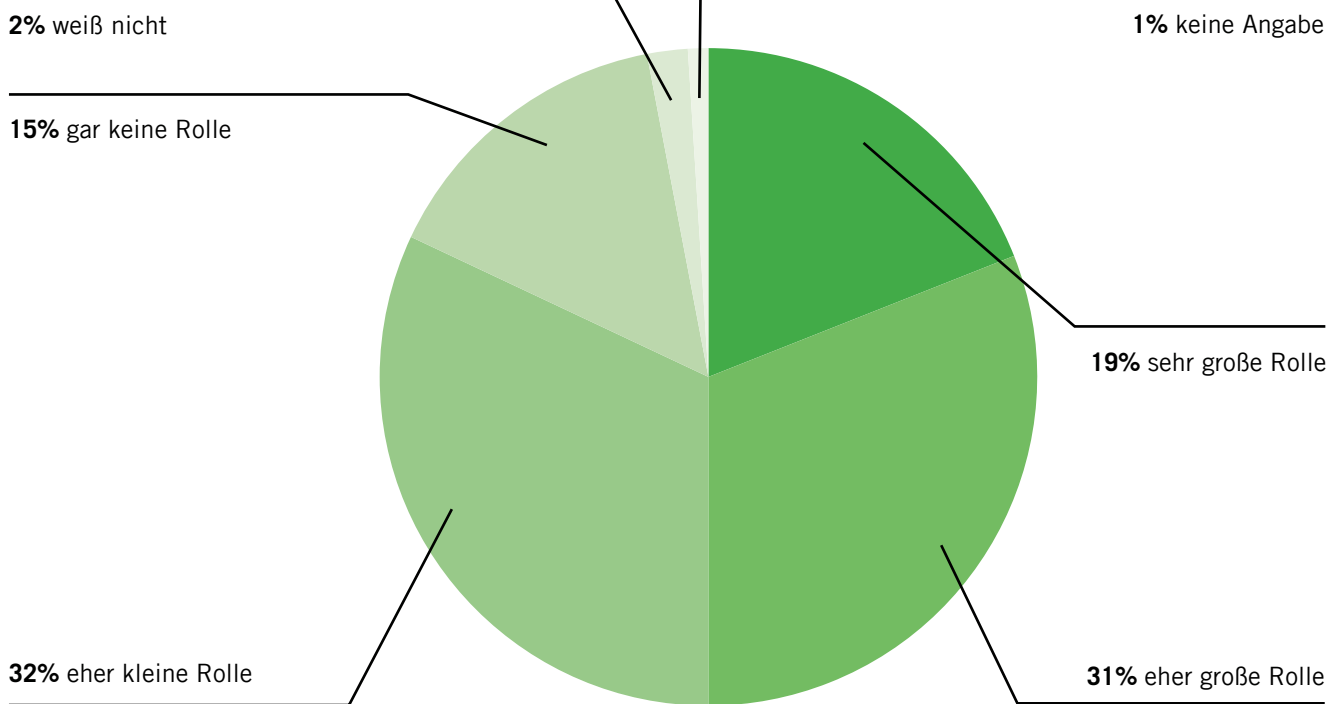
DIE REFORMORIENTIERUNG DER LÄNDER SOLLTE EINE ROLLE SPIELEN – nach Parteipräferenzen –



Deutlich zu erkennen ist, dass insbesondere SPD-Anhänger mit 78% der Reformorientierung der Partnerländer eine sehr große bzw. eher große Rolle beimessen. Die geringste Bedeutung schreiben die Anhänger der Linken (60%) sowie der AfD (55%) dieser Frage zu.

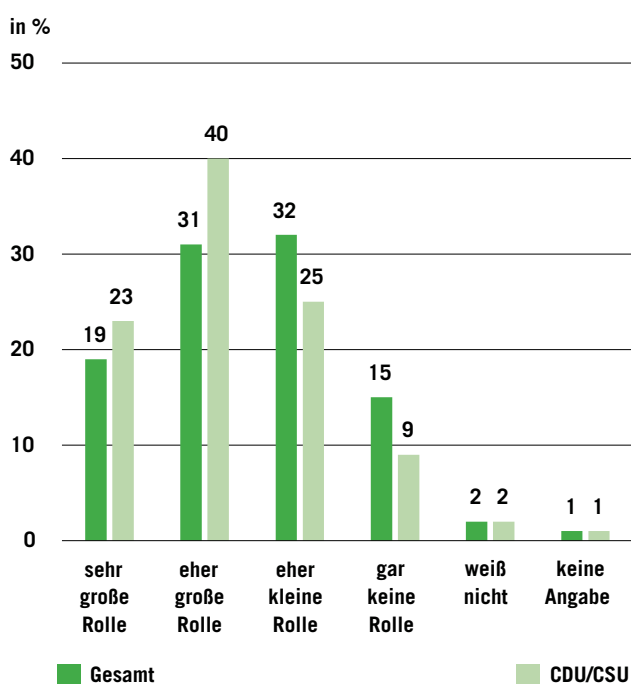
Um das Bild zu vervollständigen, wollten wir wissen, welchen Stellenwert wirtschaftliche Interessen Deutschlands bei der Auswahl der Länder spielen sollten.

WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN DEUTSCHLANDS SOLLTEN BEI DER AUSWAHL DER LÄNDER EINE ROLLE SPIELEN



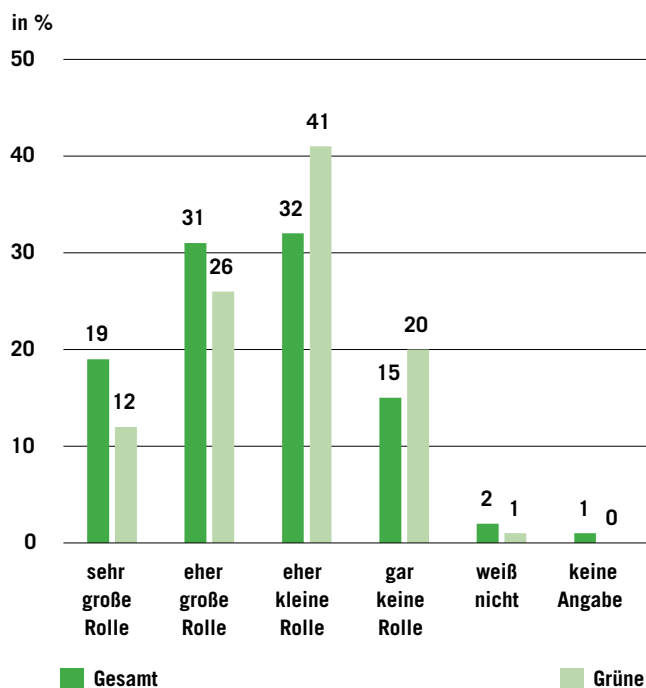
Insgesamt sind 50% der Bevölkerung der Ansicht, dass wirtschaftliche Interessen Deutschlands bei der Auswahl der Länder der Entwicklungszusammenarbeit eine sehr große (19%) oder große Rolle (31%) spielen sollte. Nur 15% meinen, dass diese gar keine Rolle spielen sollten.

– nach Parteipräferenz CDU/CSU –



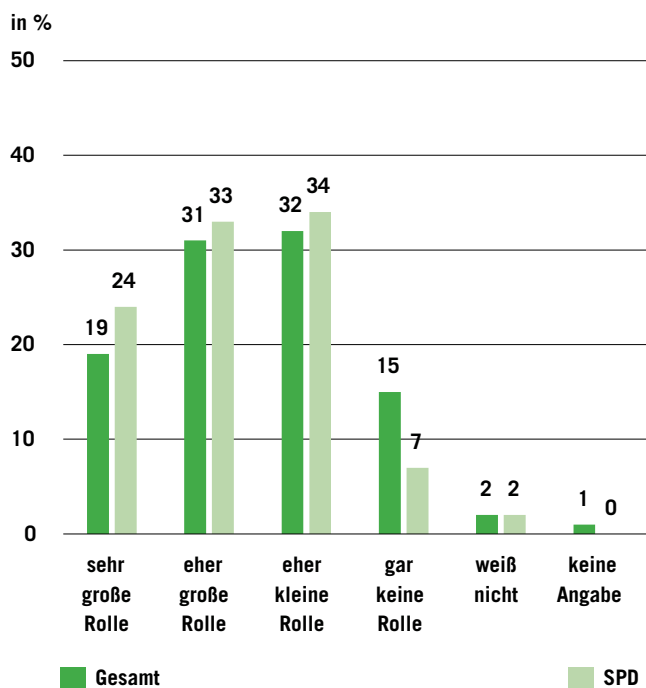
Die Anhängerschaft der CDU/CSU will mit 63%, dass wirtschaftliche Interessen eine sehr große (23%) bzw. eher große Rolle (40%) spielen und liegt damit deutlich über dem nationalen Durchschnitt (50%).

– nach Parteipräferenz B. 90/Die Grünen –



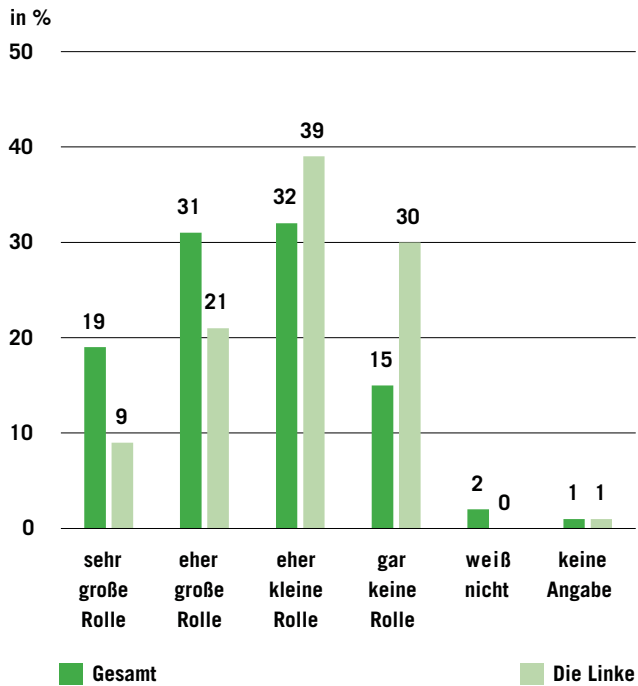
Für die Anhängerschaft von Bündnis 90/die Grünen stellt sich die Situation bezüglich der Auswahl der Länder deutlich anders dar: Nur 38% sind der Ansicht, dass wirtschaftliche Interessen eine sehr große (12%) bzw. große Rolle (26%) bei der Auswahl der Partnerländer für Entwicklungszusammenarbeit spielen sollten. Damit liegen sie auch deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

– nach Parteipräferenz SPD –



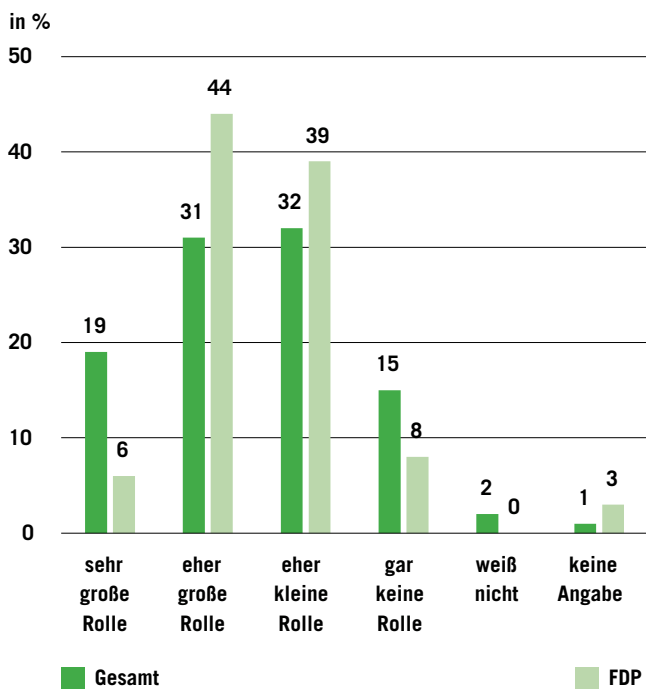
Die SPD-Anhängerschaft liegt leicht über dem Bundesdurchschnitt und möchte bei der Wahl der EZ-Länder mit 57% eine sehr große (24%) bzw. eher große Rolle (33%) wirtschaftlicher Interessen Deutschlands berücksichtigt sehen.

– nach Parteipräferenz Die Linke –



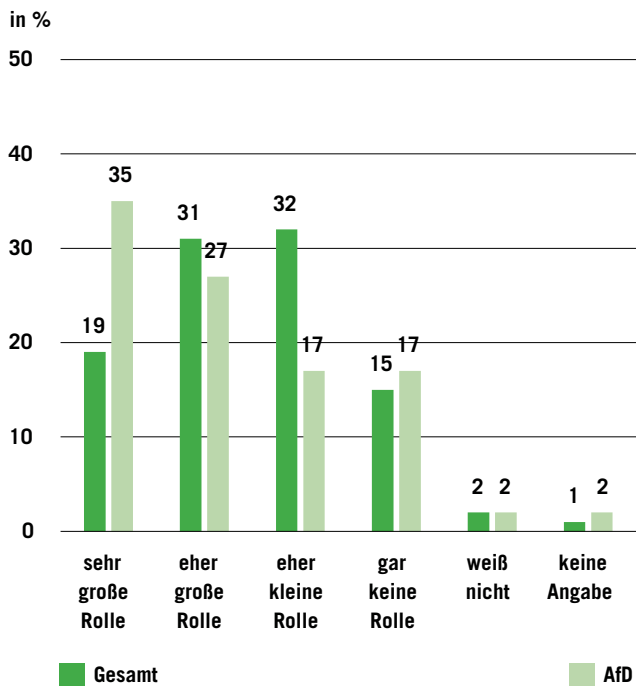
Noch klarer zeigt sich die Diskrepanz in dieser Frage zwischen dem bundesdeutschen Durchschnitt und den Anhängern der Linken: Nur 30% der Linken möchte wirtschaftliche Interessen als Kriterium für die Auswahl der Länder der EZ sehen.

– nach Parteipräferenz FDP –



Interessant ist, dass die Anhängerschaft der FDP hinsichtlich der Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen (50%) sogar hinter der SPD und deutlich hinter den Präferenzen der CDU/CSU Anhänger (67%) liegt.

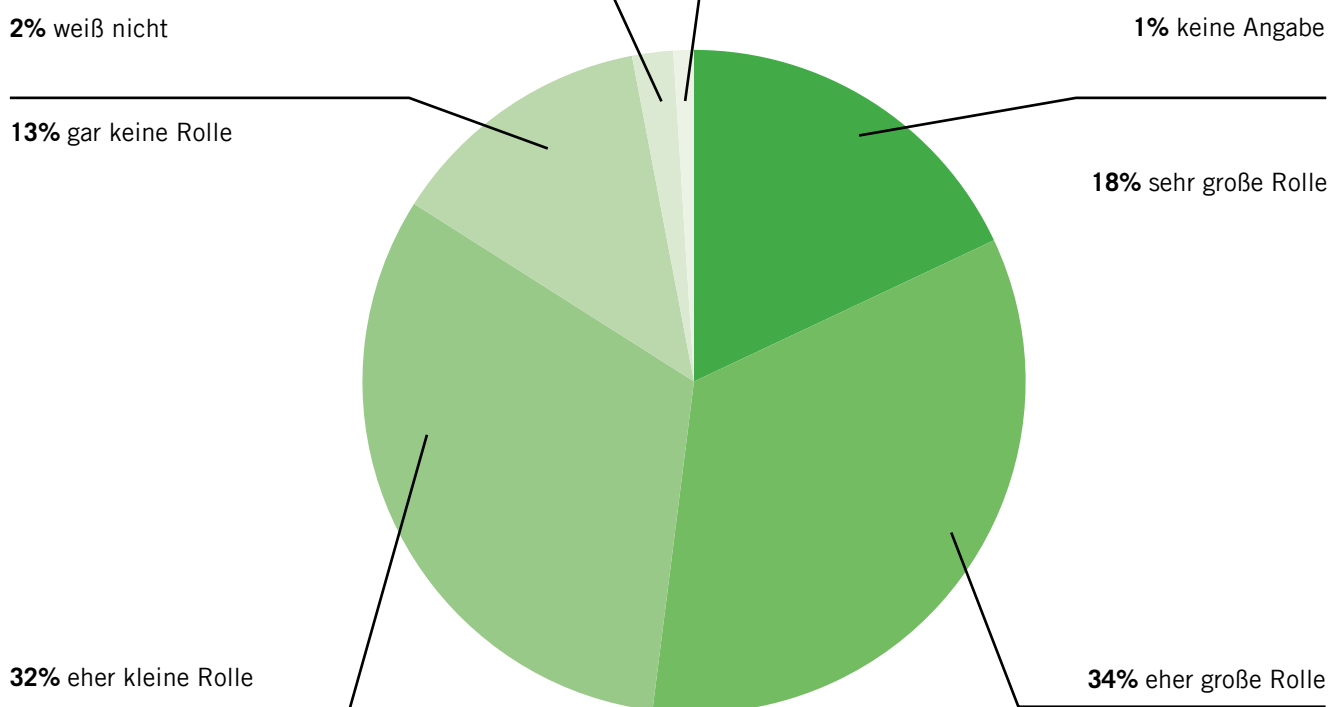
– nach Parteipräferenz AfD –



63% der AfD-Anhängerschaft sprechen sich für eine sehr große (35%) bzw. eher große Rolle (27%) wirtschaftlicher Interessen Deutschlands aus und liegen damit in dieser Frage auf dem gleichen Niveau wie die CDU/CSU-Anhängerschaft.

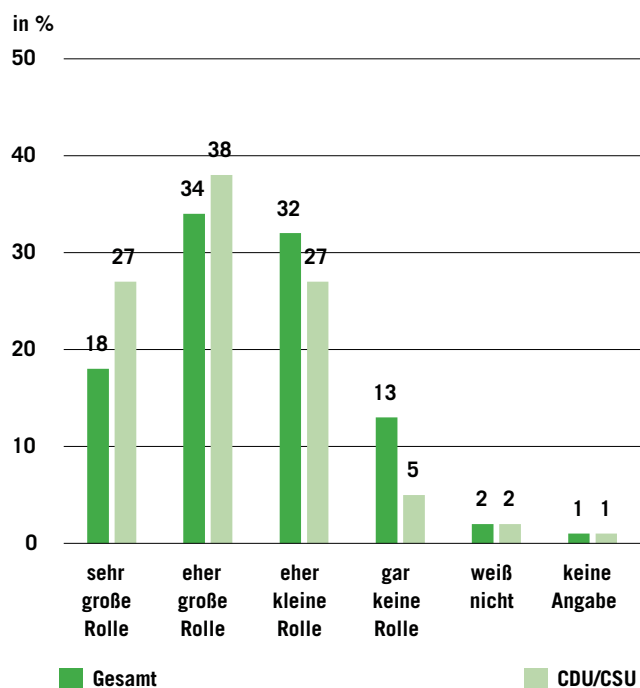
Schließlich wollten wir wissen, inwieweit politische Interessen bei der Auswahl der Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit eine Rolle spielen sollten.

Politische Interessen Deutschlands sollten bei der Auswahl der Länder eine Rolle spielen – Gesamt –



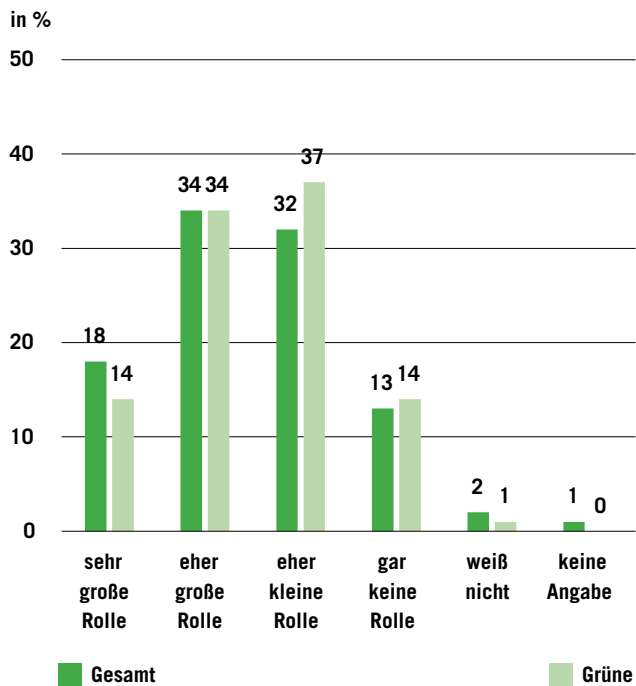
Interessant ist, dass politische Interessen der Bundesrepublik für 52% der Befragten bei der Auswahl der Partnerländer eine Rolle spielen sollen (18% votierten für eine sehr große und 34% für eine eher große Rolle).

– nach Parteipräferenz CDU/CSU –



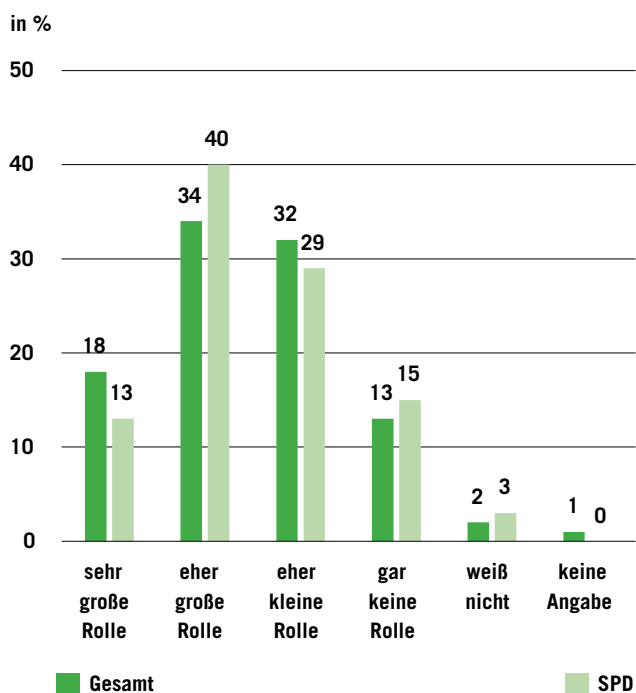
Die CDU/CSU-Anhängerschaft liegt hier mit 64% erneut deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

– nach Parteipräferenz B. 90/Die Grünen –



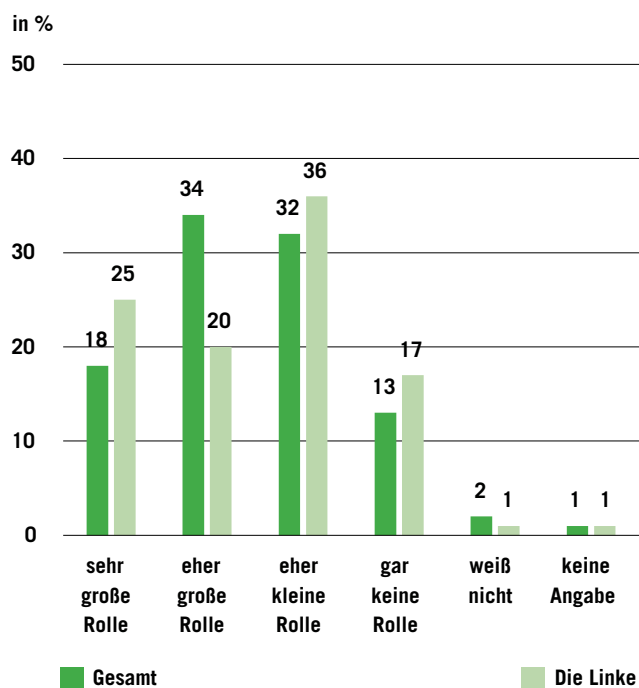
48% der Grünen-Anhänger wollen politischen Interessen eine sehr große (14%) bzw. eher große Rolle (34%) bei der Auswahl der EZ-Länder geben.

– nach Parteipräferenz SPD –



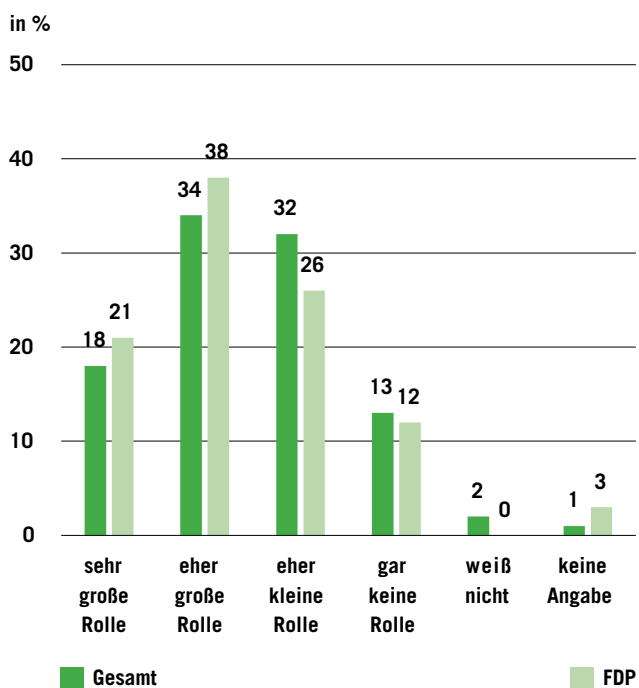
53% der SPD-Anhänger meinen, politische Interessen sollten bei der Auswahl der Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit eine sehr große (13%) bzw. große (40%) Rolle spielen.

– nach Parteipräferenz Die Linke –



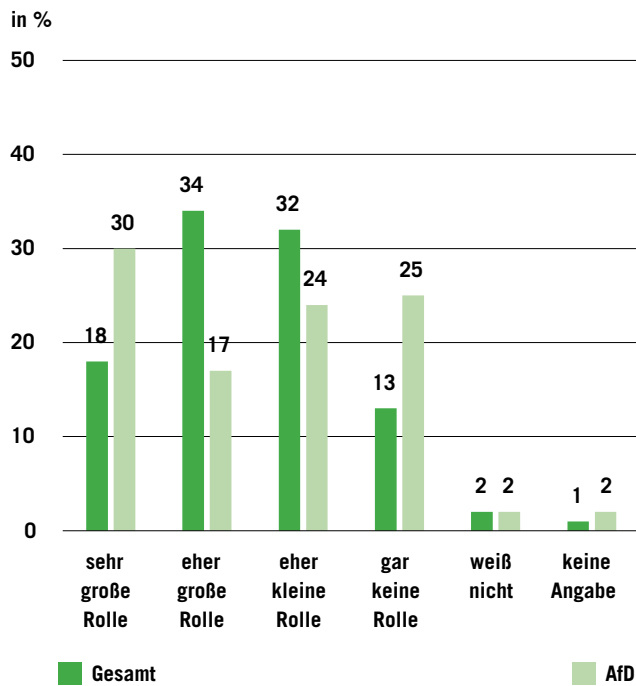
Bei der Linken sind es 45%, für die politische Interessen Deutschlands relevant sind.

– nach Parteipräferenz FDP –



Diese Haltung teilen auch 59% der FDP-Anhänger, sie liegen damit deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt.

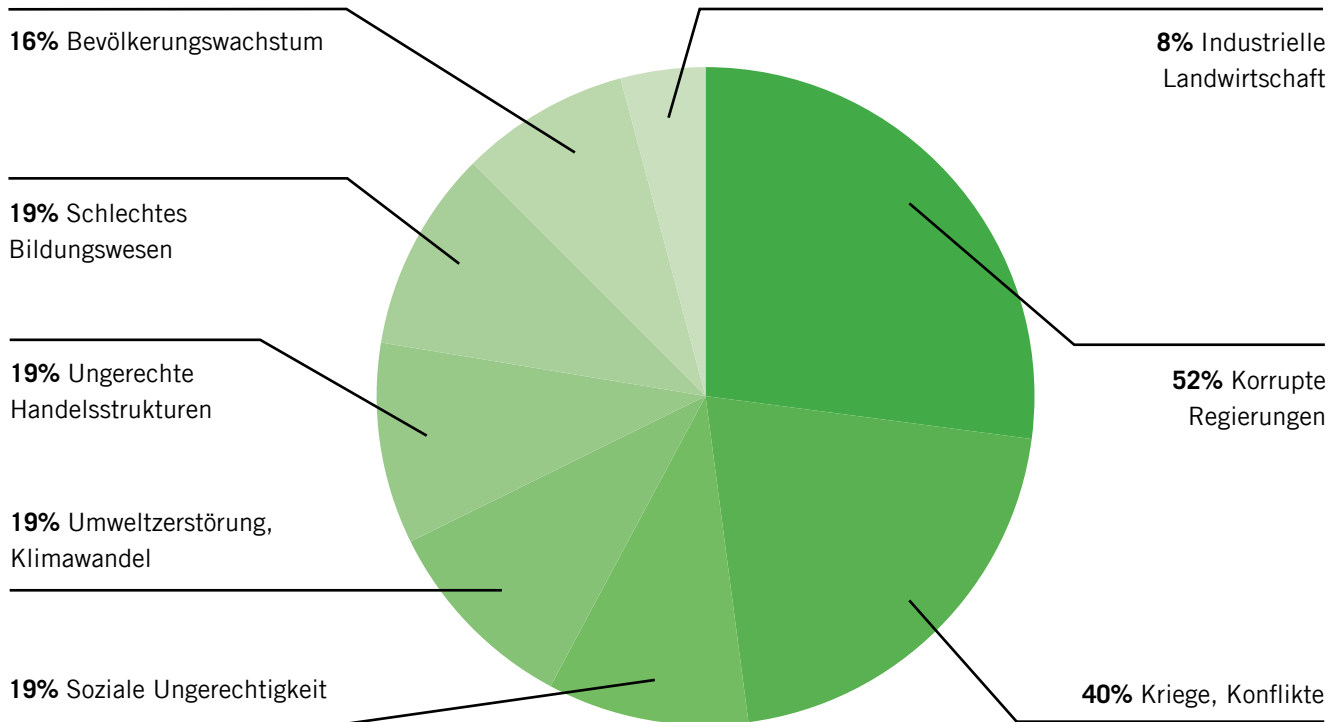
– nach Parteipräferenz AfD –



Lediglich 47% der AfD-Anhänger messen politischen Interessen Deutschlands eine sehr große (30%) bzw. eher große (17%) Rolle bei.

HUNGER – URSACHEN – BEKÄMPFUNG

HAUPTURSACHEN DES WELTWEITEN HUNGERS⁸



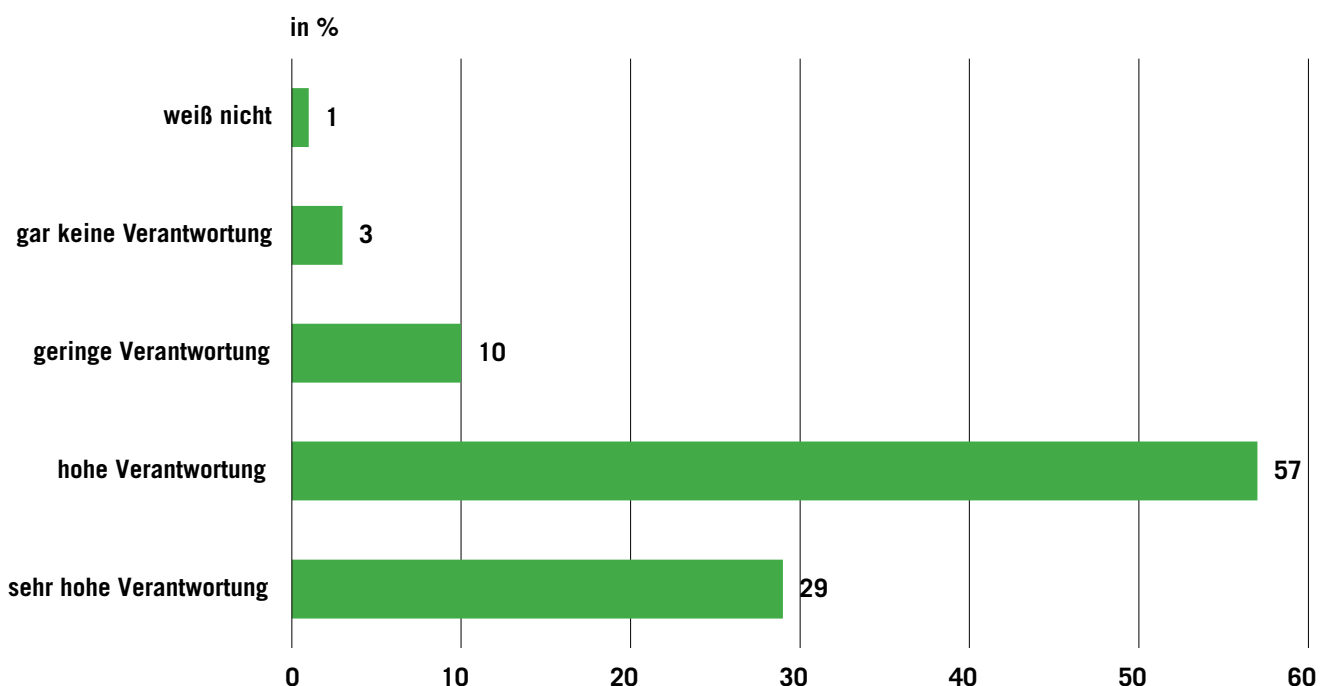
92% der Deutschen sehen korrupte Regierungen (52%) und Kriege bzw. Konflikte (40) als Hauptursachen des weltweiten Hungers an. Klimawandel, ungerechte Handelsstrukturen, soziale Ungerechtigkeit und ein schlechtes Bildungswesen haben mit jeweils 19% weniger Gewicht. 8% sehen die industrielle Landwirtschaft als mitverantwortlich für den globalen Hunger.

Was sind Ihrer Ansicht nach die beiden Hauptursachen von Hunger in der Welt?

| | Gesamt | CDU/CSU | Grüne | SPD | Die Linke | FDP | AfD |
|--------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Korrupte Regierungen | 52 | 59 | 42 | 48 | 42 | 64 | 74 |
| Kriege, Konflikte | 40 | 46 | 39 | 50 | 34 | 22 | 25 |
| Soziale Ungerechtigkeit | 19 | 15 | 24 | 10 | 29 | 26 | 12 |
| Umweltzerstörung, Klimawandel | 19 | 19 | 26 | 19 | 23 | 16 | 10 |
| Ungerechte Handelsstrukturen | 19 | 12 | 28 | 23 | 28 | 9 | 14 |
| Schlechtes Bildungswesen | 19 | 17 | 22 | 17 | 15 | 15 | 12 |
| Bevölkerungswachstum | 16 | 17 | 9 | 10 | 15 | 27 | 39 |
| Industrielle Landwirtschaft | 8 | 9 | 6 | 10 | 10 | 18 | 4 |
| spontan: anderes | 0 | - | 1 | 1 | - | 1 | - |
| weiß nicht | 0 | 0 | 0 | 0 | - | - | 2 |
| keine Angabe | 0 | - | - | 1 | - | - | - |
| Summe (Mehrfachnennung) | 195 | 195 | 197 | 190 | 197 | 197 | 191 |

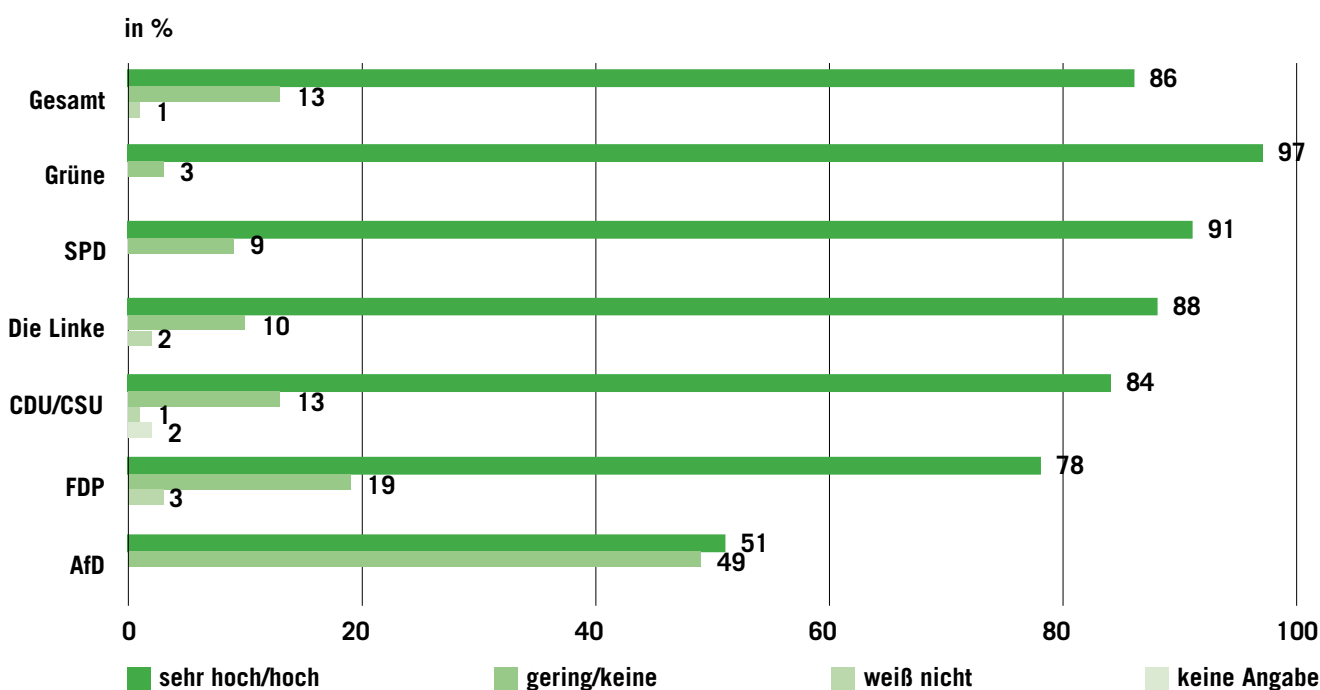
⁸ Frage 10: Was sind Ihrer Ansicht nach die beiden Hauptursachen von Hunger in der Welt?

VERANTWORTUNG DEUTSCHLANDS BEI DER BEKÄMPFUNG DES GLOBALEN HUNGERS



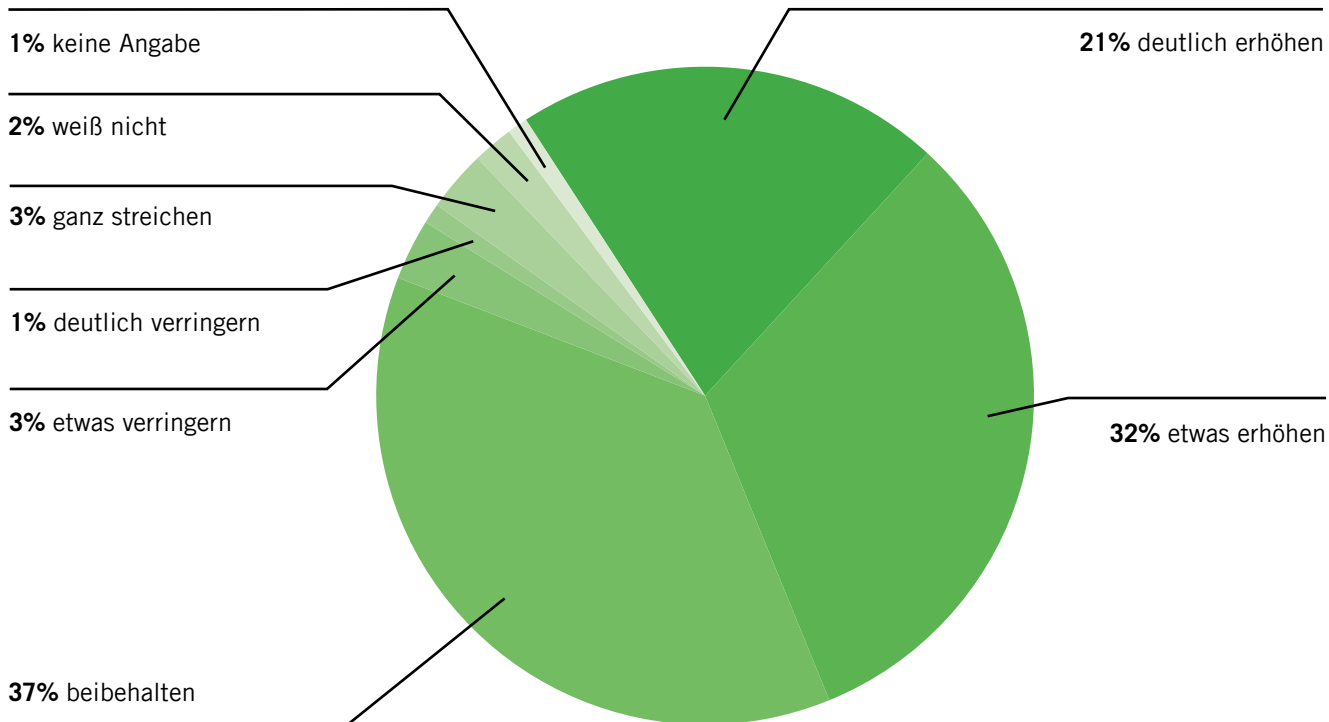
Wie die obenstehende Grafik zeigt, sind 86 % der Deutschen der Meinung, dass Deutschland eine sehr hohe (29%) bzw. hohe Verantwortung (57%) bei der Bekämpfung des globalen Hungers hat.

VERANTWORTUNG DEUTSCHLANDS BEI DER BEKÄMPFUNG DES GLOBALEN HUNGERS – nach Parteipräferenz –



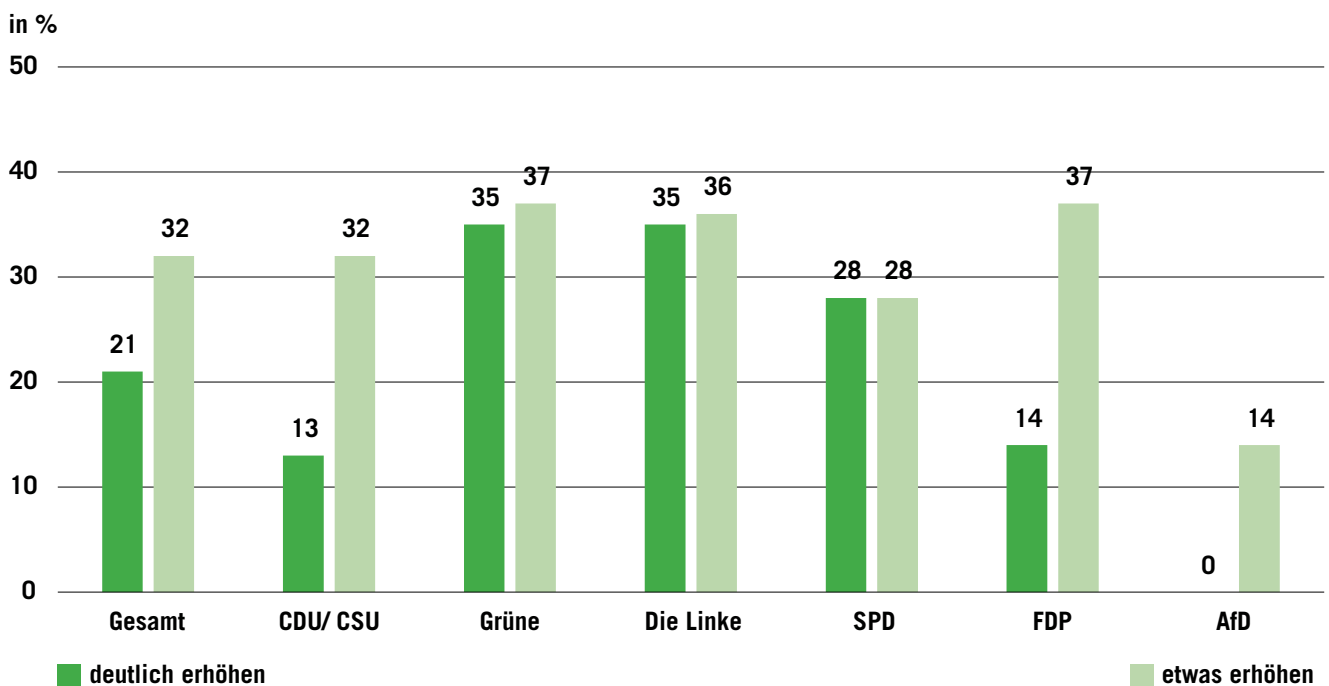
97% der Grünen-Anhänger meinen, dass die Verantwortung Deutschlands bei der Bekämpfung des globalen Hunger sehr hoch bzw. hoch ist; gefolgt von der SPD (91%), der Linken (88%), der CDU/CSU (84%), der FDP (78%) und der AfD mit 51%.

SOLLTE DEUTSCHLAND SEINE AUSGABEN FÜR WELTWEITE HUNGERBEKÄMPFUNG...?



Ein überwältigend großer Anteil der Deutschen (90%) ist der Ansicht, dass Deutschland seine Ausgaben für Hunger deutlich erhöhen (21%), etwas erhöhen (32%) oder beibehalten (37%) sollte.

DEUTSCHLAND SOLLTE SEINE AUSGABEN FÜR WELTWEITE HUNGERBEKÄMPFUNG...⁹ – Nach Parteipräferenz –

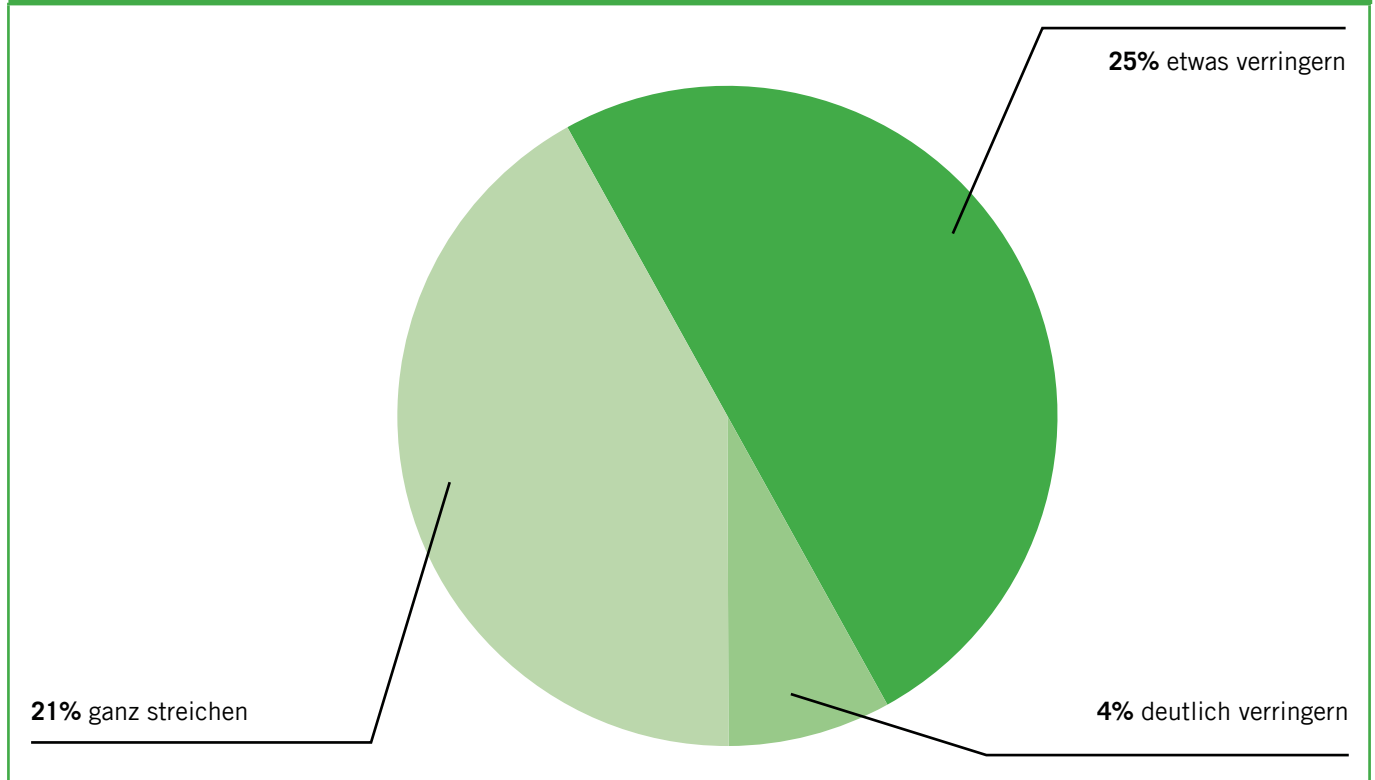


Ein Blick auf die Parteipräferenzen zeigt, dass die Anhänger der Grünen mit 72%, gefolgt von denjenigen der Linken mit 71%, der SPD mit 56% über dem Bundesdurchschnitt (53%) für eine Erhöhung der Ausgaben für die weltweite Hungerbekämpfung eintreten; die FDP mit 51% und die CDU/CSU-Anhängerschaft mit 45% liegen leicht unter dem Landesdurchschnitt; AfD-Anhänger unterscheiden sich mit 14% deutlich vom bundesdeutschen Durchschnitt.

⁹ Frage 13: Was meinen Sie: Sollte Deutschland seine Ausgaben für weltweite Hungerbekämpfung ...?

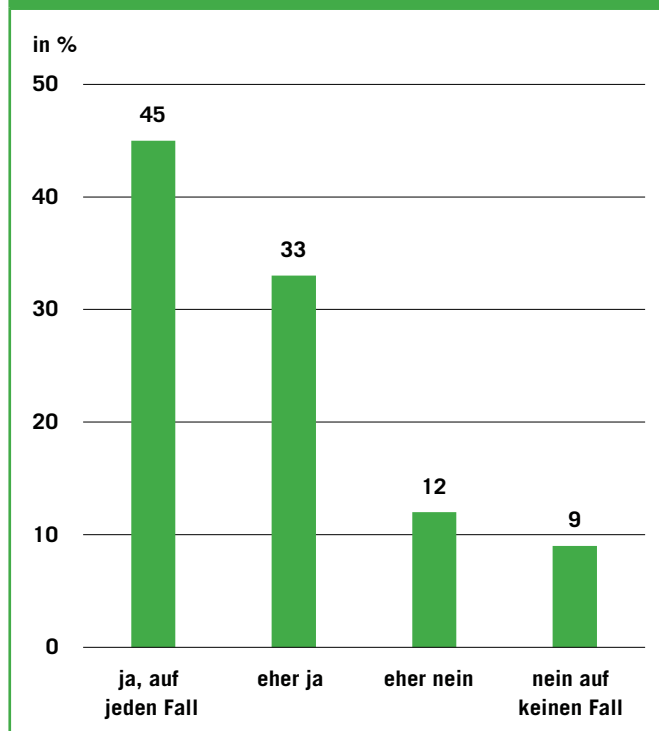
DEUTSCHLAND SOLLTE SEINE AUSGABEN FÜR WELTWEITE HUNGERBEKÄMPFUNG ...?

– AfD-Anhänger –



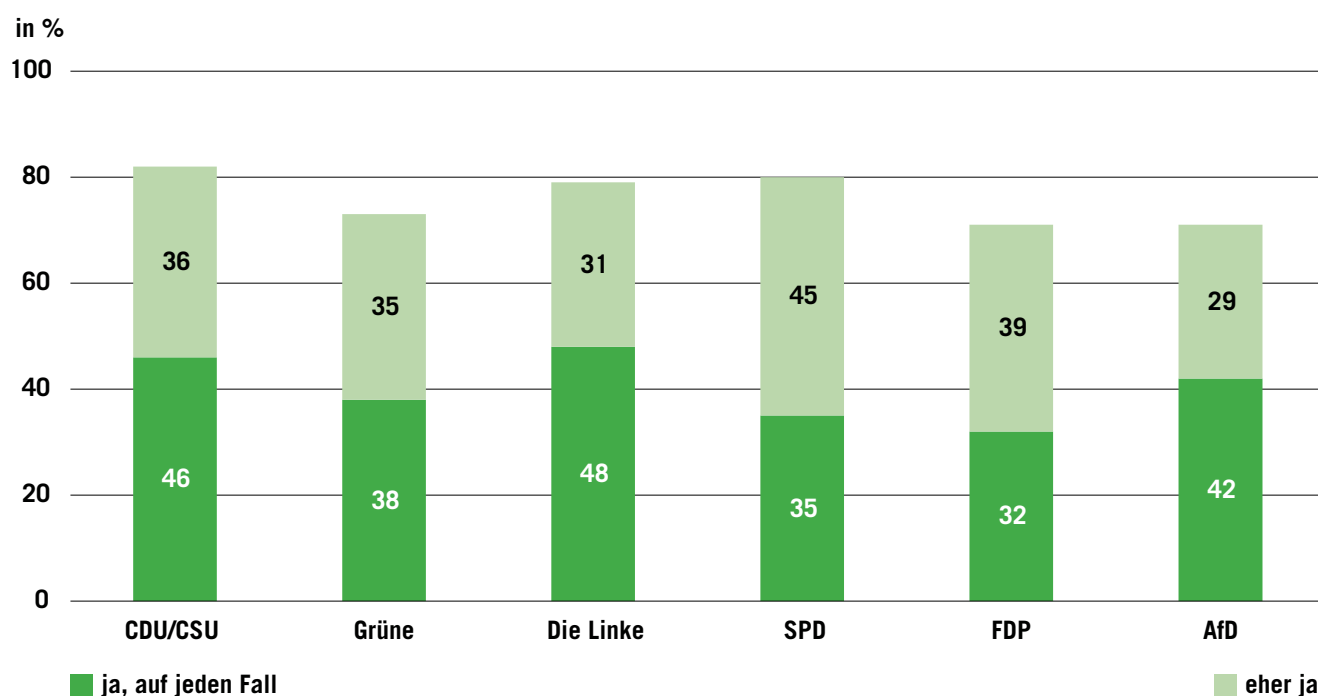
Während 14% der AfD Anhängerschaft die Mittel für Hungerbekämpfung etwas erhöhen wollen, sind 29% für eine Verringerung und 21% für die komplette Streichung der Ausgaben zur Bekämpfung des weltweiten Hungers.

Sollte der Beitrag zur Hungerbekämpfung an politische Bedingungen vor Ort geknüpft werden?



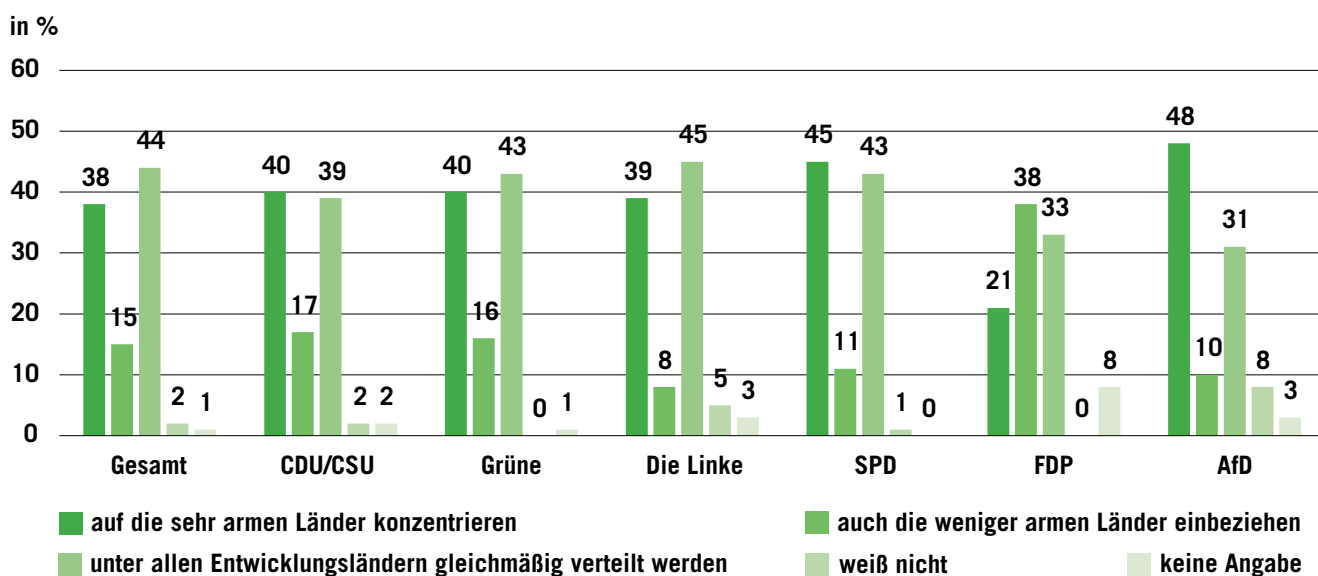
Knapp 80% sind der Meinung, die Mittel zur Hungerbekämpfung sollten an politische Bedingungen, wie z.B. die Einhaltung von Menschenrechten oder die Abhaltung von freien Wahlen geknüpft werden.

DEUTSCHLAND SOLLTE SEINE AUSGABEN FÜR WELTWEITE HUNGERBEKÄMPFUNG...¹⁰ – nach Parteipräferenz –



Ein Blick auf die parteipolitischen Präferenzen zeigt, dass es nur geringe Abweichungen vom Bundesdurchschnitt über alle Parteigrenzen hinweg gibt.

LÄNDERSCHWERPUNKTE BEI DER HUNGERBEKÄMPFUNG¹¹ – nach Parteipräferenz –



Dennoch zeigt die Umfrage, dass die Befragten bezüglich der Konditionierung der Mittel für Hungerbekämpfung unsicher sind: 80% der Befragten sind der Ansicht, die Ausgaben für die Hungerbekämpfung sollten an politische Kriterien geknüpft werden. Allerdings geben 44% an, dass die Mittel zur Hungerbekämpfung unter allen Entwicklungsländern gleichmäßig verteilt werden sollte.

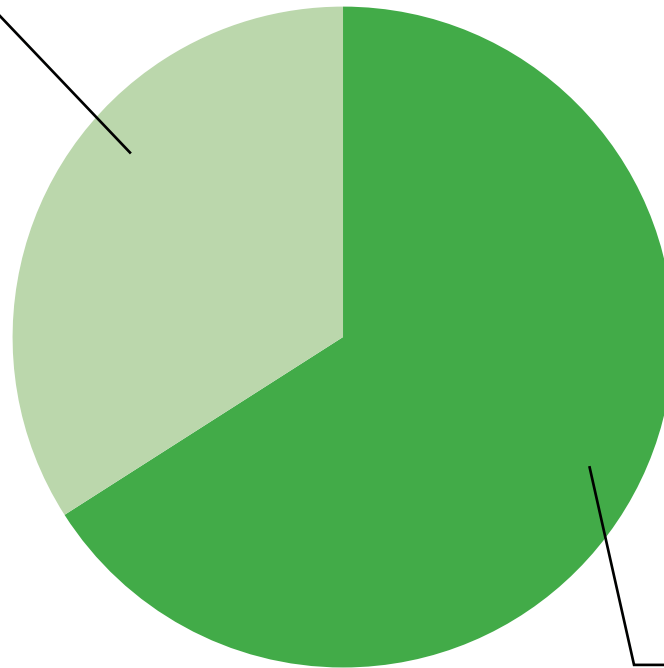
¹⁰ Frage 14: Sollte Deutschland seinen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers an politische Bedingungen vor Ort knüpfen, wie z.B. der Einhaltung von Menschenrechten, der Korruptionsbekämpfung oder der Abhaltung freier Wahlen?

¹¹ Frage 15: Hunger und Mangelernährung gibt es sowohl in sehr armen Ländern, wie z.B. dem Südsudan, als auch in weniger armen Länder wie Bolivien oder in Schwellenländern wie Indien. Sollte sich die Hungerbekämpfung Ihrer Meinung nach...?

FLUCHT – URSACHEN – WELTWEITE VERANTWORTUNG

HAT DIE EUROPÄISCHE UNION DIE PFLICHT, DIE FLÜCHTLINGE, DIE ÜBER DAS MITTELMEER IN DIE EU ZU GELANGEN VERSUCHEN, AUFZUNEHMEN?¹²

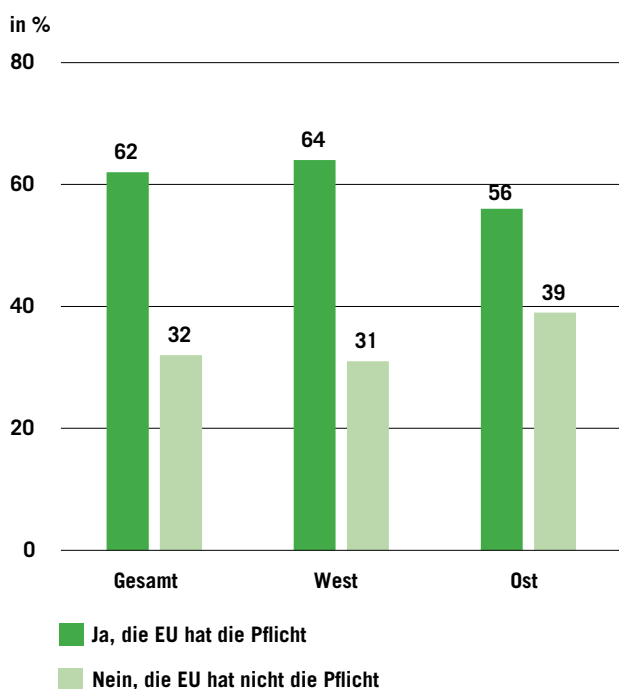
32% Nein, die EU hat nicht die Pflicht



62% Ja, die EU hat die Pflicht

62% der Befragten sind der Ansicht, die Europäische Union hat die Pflicht, Flüchtlinge, die über das Mittelmeer in die EU zu gelangen versuchen, aufzunehmen. 6% machten keine Angaben.

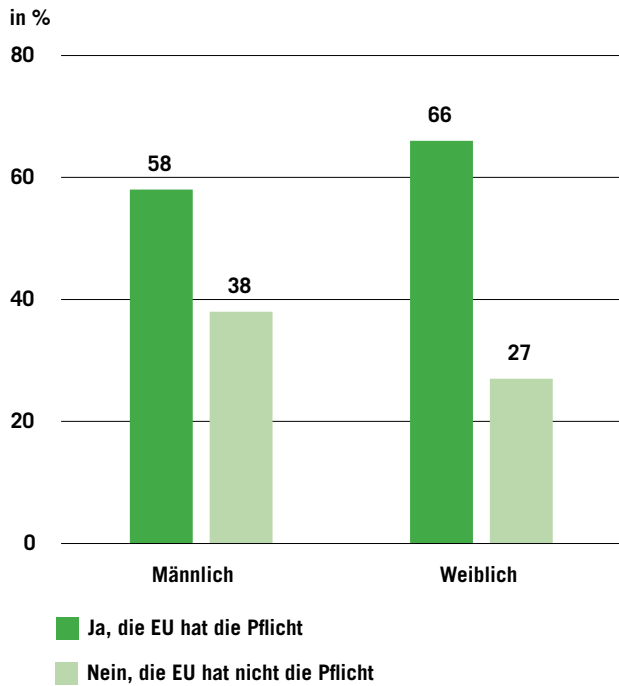
– Ost-/West-Deutschland –



Es zeigt sich, dass es in dieser Frage einen deutlichen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen gibt. Während 64% der Westdeutschen die EU in der Pflicht sehen, teilen diese Auffassung nur 56% der Ostdeutschen.

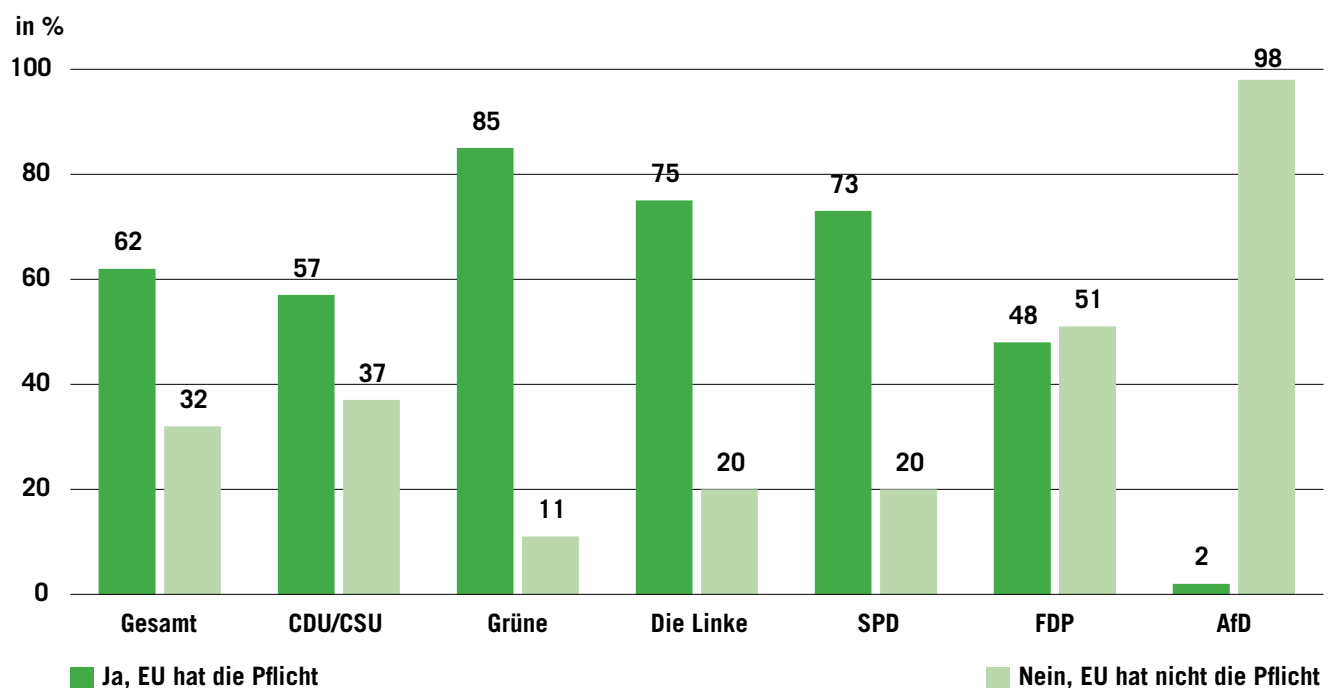
¹² Frage 18:

– nach Geschlecht –



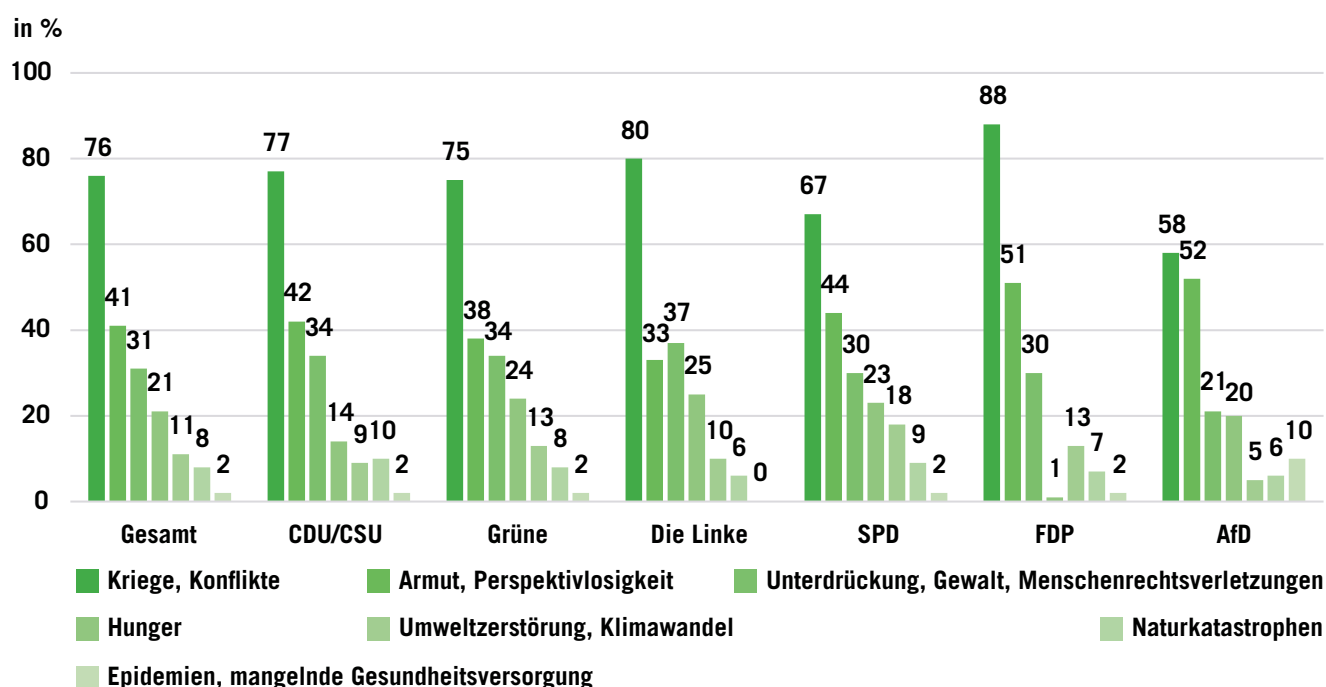
Markant ist auch der Unterschied zwischen den Geschlechtern. Nur 58% der Männer sehen eine Verpflichtung der EU, die Flüchtlinge aufzunehmen, 8% weniger als die Frauen.

– nach Parteipräferenz –



Deutlich unterscheiden sich Anhänger von FDP und AfD vom bundesdeutschen Durchschnitt, wenn es darum geht, ob die Europäische Union Flüchtlinge aufnehmen solle, die übers Mittelmeer fliehen. Nur 48% der FDP-Anhänger und nur 2% der AfD-Anhänger sehen die EU in der Pflicht. Eine besonders hohe, über dem nationalen Durchschnitt liegende Verantwortung sehen die Grünen-Anhänger mit 85%, gefolgt von der Linken (75%) und der SPD (73%). Die CDU/CSU-Anhängerschaft liegt mit 57% unter dem Bundesdurchschnitt, der eine Pflicht zur Aufnahme der Flüchtlinge sieht. Dennoch ist auch die Mehrheit der CDU/CSU-Anhänger der Ansicht, die EU sollte die Flüchtlinge aufnehmen.

WAS SIND DIE BEIDEN HAUPTFLUCHTURSACHEN? – nach Parteipräferenz –



Als die drei wichtigsten Fluchtursachen sehen die Bundesdeutschen Kriege und Konflikte (76%), Armut und Perspektivlosigkeit (41%) sowie Unterdrückung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen (31%). Diese Priorisierung wird auch von den Anhängern aller politischer Parteien geteilt.

Auf die Frage „In welchen Bereichen, die zur Bekämpfung von Fluchtursachen eine Rolle spielen können, sollte Deutschland sein Engagement eher erhöhen, eher reduzieren oder vom Umfang her beibehalten?“ fielen die Antworten der Befragten wie folgt aus:

KÜNFTIGES ENGAGEMENT DEUTSCHLANDS

| | in % | eher erhöhen | vom Umfang her beibehalten | eher reduzieren |
|--|------|--------------|----------------------------|-----------------|
| Bekämpfung von Hunger | ±0 | 64 | 34 | 2 |
| Verbesserung der Gesundheitsversorgung | +3 | 59 | 38 | 3 |
| Einsatz zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten | -1 | 55 | 38 | 7 |
| Bekämpfung von Armut | -1 | 55 | 40 | 5 |
| Unterstützung bei Umwelt- und Klimaschutz | -1 | 55 | 36 | 9 |
| diplomatische Bemühungen zur Vorbeugung und Beilegung von Konflikten | +8 | 52 | 42 | 6 |
| humanitäre Not- und Soforthilfe | +1 | 49 | 48 | 3 |
| Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung | | 44 | 51 | 5 |
| militärische Hilfen und Auslandseinsätze von Bundeswehr und Polizei | +3 | 14 | 49 | 37 |

Auf die Frage, in welchen Bereichen Deutschland sein Engagement zur Fluchtursachenbekämpfung erhöhen, beibehalten oder eher reduzieren sollte, wurden wie im Vergleichsjahr 2018 die Bekämpfung von Hunger mit 64% an erster Stelle genannt. Zwar sehen 76% in Kriegen und Konflikten die Hauptursache von Fluchtbewegungen, dennoch sind weiterhin nur 14% der Ansicht, dass Deutschland sein Engagement im Bereich Militär, Auslandseinsätze von Bundeswehr oder Polizei erhöhen sollte. 37% sind der Ansicht, das Engagement in diesem Bereich sollte verringert werden.

Vorrangig sehen die Deutschen eine Erhöhung der Maßnahmen zur Hungerbekämpfung (64%), Verbesserung der Gesundheitsversorgung (59%) sowie mit jeweils 55% zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, Beseitigung von Armut und Unterstützung beim Umwelt- und Klimaschutz.

Welthungerhilfe, IBAN DE15 3705 0198 0000 0011 15, BIC COLSDE33

Deutsche Welthungerhilfe e. V., Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333, www.welthungerhilfe.de